





Jahresbericht der Staatsbauverwaltung 2009



Titel: Überführung der Kreisstraße
LIF 2 über die A 73 bei Lichtenfels. Die
rund 90 Meter frei überspannende
Stahlverbundfachwerkbrücke wurde in
exponierter Lage im Oberen Maintal
nahe Kloster Banz und der Basilika Vier-
zehnheiligen errichtet.

Jahresbericht der Staatsbauverwaltung 2009

Die positive Resonanz auf den letztjährigen ersten Jahresbericht der Staatsbauverwaltung hat uns ermutigt, den eingeschlagenen Weg einer informativen Gesamtdarstellung weiter zu verfolgen.

Unser Bericht 2009 ist der erste, in dem die Finanz- und Wirtschaftskrise deutliche Spuren hinterlassen hat. Bund und Länder gemeinsam haben kurzfristig große Summen bereitgestellt, um der drohenden Rezession entgegenzuwirken. Da Zukunftsinvestitionen die sinnvollste Form der Konjunkturförderung sind, trifft den Bau eine besondere Verantwortung. Die Steigerungsraten sprechen für sich: Die Ausgaben der Hoch- und Straßenbauverwaltung sind gegenüber dem Vorjahr um 13 % gestiegen, die Bewilligungen von Förderungen im Wohnungs-, Städte- und Straßenbau um 147 % und das insgesamt angestoßene Bauvolumen, in das unsere Mitwirkung am nichtstaatlichen Hochbau sowie auch kommunale und private Finanzierungsanteile eingerechnet sind, um immerhin 36 %.

Neben dieser Leistungsschau in Zahlen herrscht auch an Sachthemen wieder kein Mangel. Das Spektrum der Aufgaben und Leistungen der Staatsbauverwaltung ist so breit, dass die notwendige Auswahl nicht leicht gefallen ist. Neben den angestammten Tätigkeitsfeldern möchten wir besonders solche Aspekte herausstellen, die neuartig und zukunftsweisend sind, und zwar in zweifacher Hinsicht: Auf der Höhe der Zeit sollen sich nicht nur die Bauten befinden, die wir realisieren, sondern auch die Methoden, mit denen wir gesetzte Ziele erreichen. Wir hoffen, dass Sie als Leser an dem einen oder anderen Thema Interesse finden, um sich auf diese Weise davon zu überzeugen, dass unsere Bayerische Staatsbauverwaltung modern und leistungsfähig ist.



Joachim Herrmann, MdL
Bayerischer Staatsminister
des Innern

Gerhard Eck, MdL
Staatssekretär im Bayerischen
Staatsministerium des Innern

Zukunft Bauen
Bayern



6	Unsere Organisation – Unsere Aufgaben
8	Näher am Kunden – Unsere Präsenz vor Ort
10	Von der Monarchie ins 21. Jahrhundert
12	Zukunftsfähige Entwicklung
14	Unsere Leistungen im Überblick
16	Menschen in der Staatsbauverwaltung
18	Die öffentliche Hand als Auftraggeber
20	Der Bayerische Weg – wir entwickeln PPP weiter
22	Landschaftsplanung
24	Verleihung der Leo von Klenze Medaille 2009
26	Hochbau
34	Recht, Planung und Bautechnik
42	Wohnungswesen und Städtebauförderung
50	Straßenbau
58	Zahlen und Daten
72	Abbildungsnachweis
	Impressum

Unsere Organisation – Unsere Aufgaben

Bayerisches Staatsministerium des Innern	
Staatsminister	
Staatssekretär	
Amtschef	
Leiter der Allgemeinen Inneren Verwaltung	Leiter der Obersten Baubehörde
Allgemeine Innere Verwaltung	Oberste Baubehörde – Staatsbauverwaltung
Zentrale Angelegenheiten	Zentrale Angelegenheiten
Verfassung und Staatsverwaltung	Staatlicher Hochbau
Kommunale Angelegenheiten	Recht, Planung und Bautechnik
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Wohnungswesen und Städtebauförderung
Brand-/Katastrophenschutz, Rettungswesen, Staatsschutz	Straßen- und Brückenbau

Zentrale Angelegenheiten

Gemeinsam für alle vier Fachsparten optimieren wir ständig unsere Organisation, die vom Ministerium über die Mittelbehörden zu den Bauämtern und Meistereien reicht, und managen einen Personalkörper mit ca. 10.000 Köpfen. Wir setzen jährlich ca. 4 Milliarden € an Bundes- und Landesmitteln um und nehmen zentrale Kompetenzen im Vergabewesen, in der Aus- und Fortbildung, in der Informationstechnik und in der Landschaftspflege wahr.

Staatlicher Hochbau

Wir planen und steuern alle Bauaufgaben für die Landesressorts, den Bund, die NATO, die Gaststreitkräfte und andere Bauherrn in Bayern und unterhalten rund 28.000 Gebäude in ca. 7.000 Liegenschaften. Im Jahr 2009 haben wir dabei insgesamt rund 1,63 Milliarden € für Land und Bund umgesetzt. Darüber hinaus wirken wir an mit staatlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben wie Schulen oder Krankenhäuser privater und kommunaler Bauherrn beratend mit.

Recht, Planung und Bautechnik

Wir erarbeiten nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bauens (z. B. Bayerische Bauordnung, Baugesetzbuch), sondern sind auch für alle damit zusammenhängenden städtebaulichen und bautechnischen Themen zuständig. Gleichzeitig betreuen wir alle Rechtsfragen aus den Bereichen des staatlichen Hochbaus und Straßenbaus.

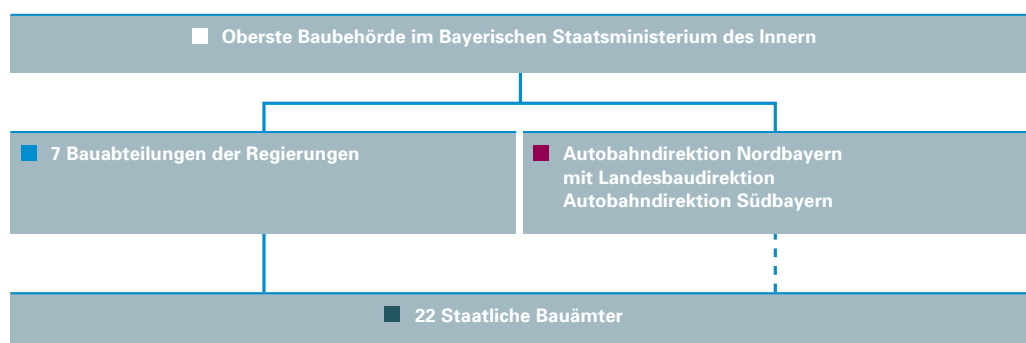
Wohnungswesen und Städtebauförderung

Mit einem Fördervolumen von jährlich rund 400 Millionen € erzielen wir aufgrund hoher Multiplikatoreffekte ein jährliches Bauvolumen von mehr als 1 Milliarde €. Im Jahr 2009 förder-ten wir darüber hinaus im Rahmen des Konjunkturpakets II mit über 800 Millionen € die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur in Kommunen. Wir beteiligen uns an der Weiterentwicklung des Bundes- und Landesrechts im Wohnungswesen. Mit der Förderung von Modellvorhaben zeigen wir neue Wege auf.

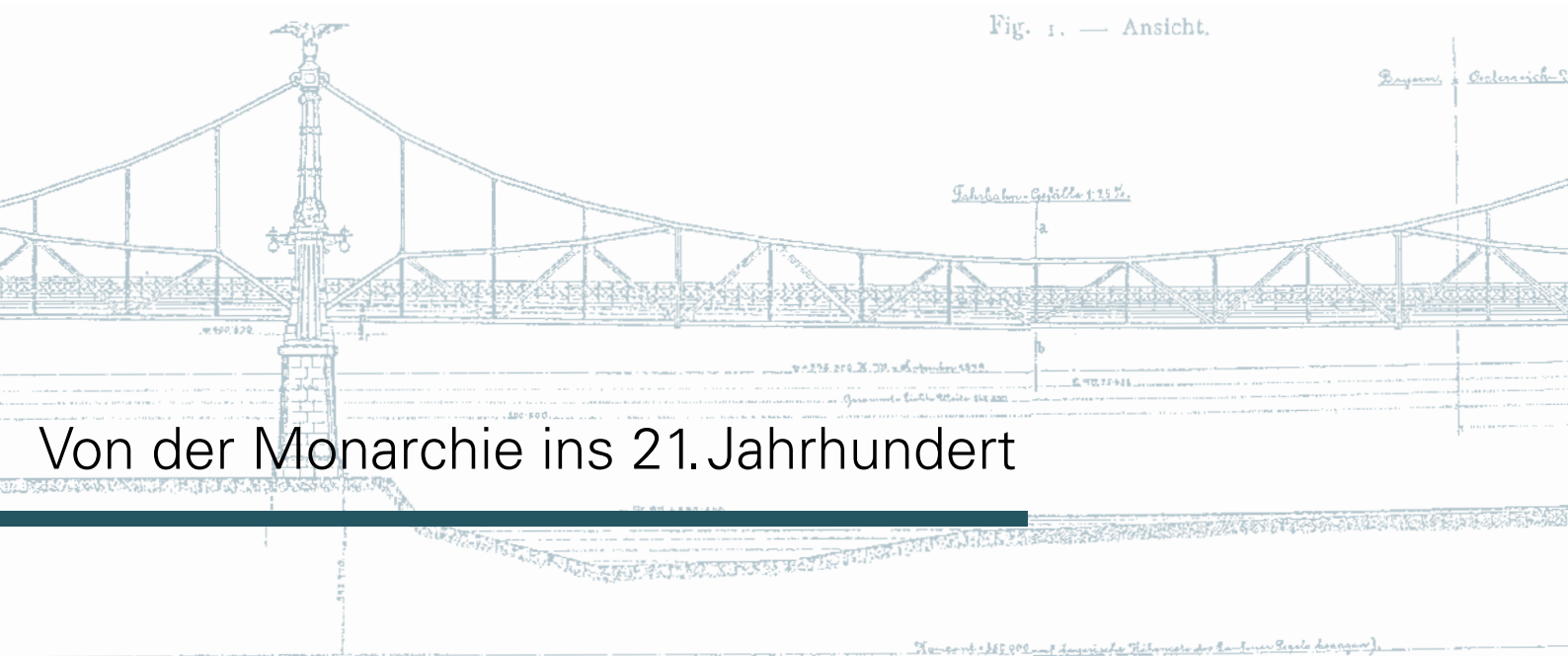
Straßen- und Brückenbau

Wir planen, bauen, erhalten und betreiben die überörtlichen Straßen in Bayern. Diese umfassen ein Netz von 25.500 km Länge mit rund 14.000 Brücken, 56 Tunneln und über 5.300 km Radwegen. In Baumaßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Staatsstraßen haben wir 2009 fast 1,2 Milliarden € investiert. Kommunale Straßenbauprojekte fördern wir zudem mit etwa 200 Millionen € pro Jahr.

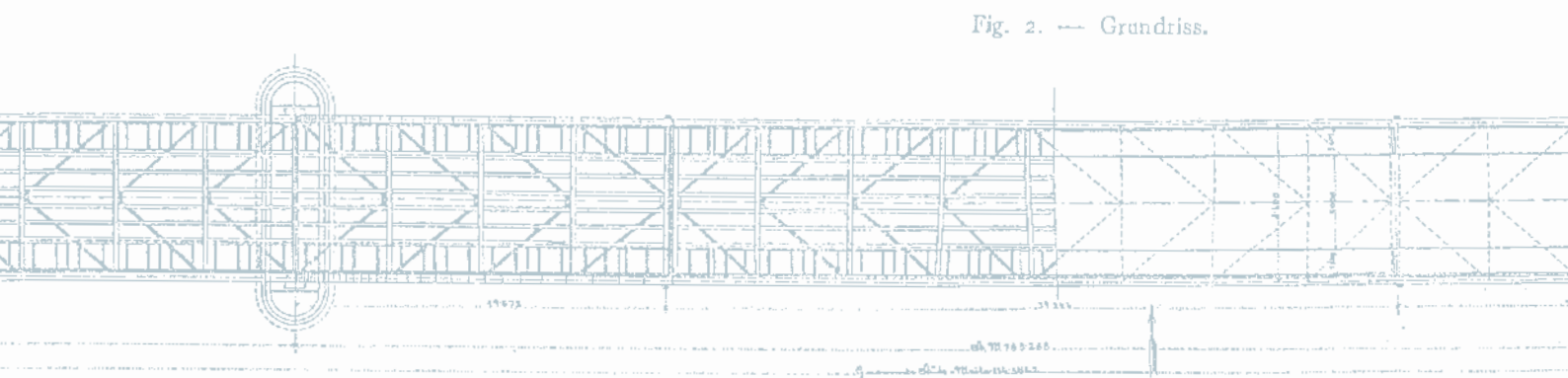
Näher am Kunden Unsere Präsenz vor Ort





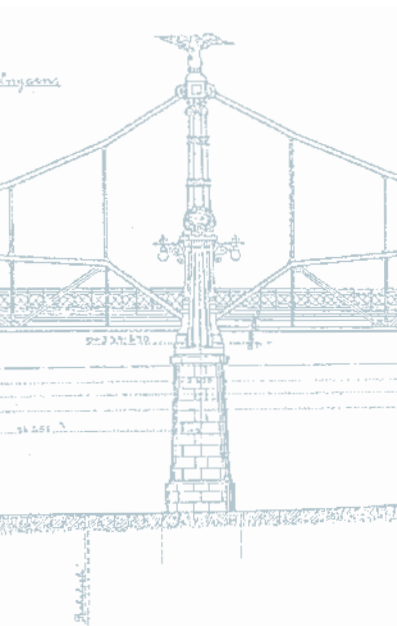


Von der Monarchie ins 21. Jahrhundert

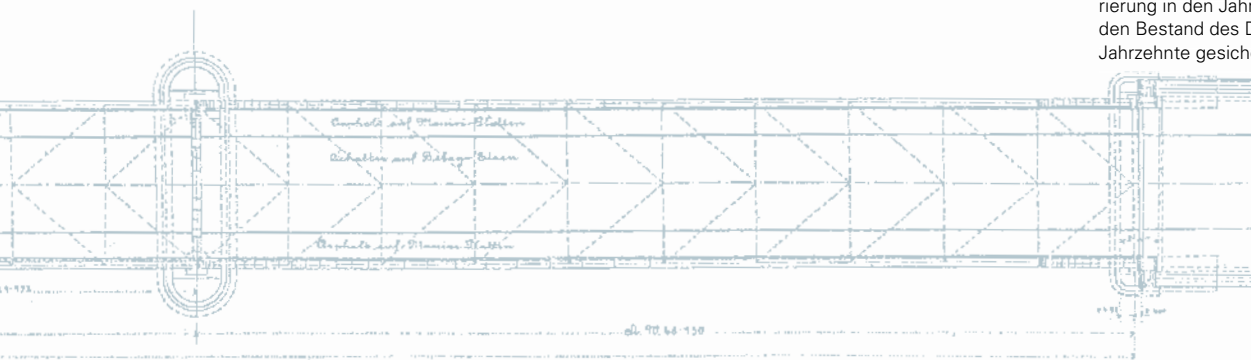


1830	1872	1908	1945	1948	1953
Gründung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern	24 Landbauämter und 24 Straßen- und Flussbauämter	21 Kulturbauämter (ab 1941 Wasserwirtschaftsämter)	Straßenbauämter (Autobahn) München und Nürnberg	Gesetz 112: Neuordnung des Bau- und Wohnungswesens in Bayern	Straßen- und Flussbauämter werden Straßenbauämter





Salzachbrücke bei Laufen
 Erbaut in den Jahren 1902/1903 unter Prinzregent Luitpold von Bayern und Kaiser Franz Joseph I. von Österreich-Ungarn, blieb die Salzachbrücke mit allen ihren technischen und dekorativen Details über 100 Jahre fast unverändert erhalten. Eine aufwändige Restaurierung in den Jahren 2005–2007 hat den Bestand des Denkmals für weitere Jahrzehnte gesichert.



1974

Einrichtung des Landesamts für Wasserwirtschaft

1978

Einrichtung der Autobahndirektionen Süd und Nord

1993

Wasserwirtschaft wird zum Umweltministerium umressortiert

1994 – 1997

Vereinigung von Staats- und Finanzbauverwaltung

2000

Eingliederung des Bauamtes der Schloßserverwaltung

2004 – 2007

Zusammenlegung der 51 Hochbauämter bzw. Straßenbauämter zu 22 Staatlichen Bauämtern

Josef Poxleitner
Ministerialdirektor, Leiter der Obersten Baubehörde
im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Zukunftsfähige Entwicklung

Wachstum mit einer ganzheitlich zukunftsfähigen Entwicklung in Einklang zu bringen, ist und bleibt das Ziel der Bayerischen Staatsbauverwaltung. Wir sind davon überzeugt, dass mit fortschrittlichem Bauen die Zukunft gestaltet werden kann, ohne in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht eine Hypothek zulasten künftiger Generationen aufnehmen zu müssen.

Auch die von uns umgesetzte Konjunkturförderung bezweckt deshalb nicht Wachstum um seiner selbst willen, sondern hat intelligente und baukulturell hochwertige Projekte zum Ziel, zu deren Qualität wir uns noch in Jahrzehnten bekennen können. Das außerordentlich hohe Bauvolumen von 8,7 Milliarden €, das wir im vergangenen Jahr umgesetzt haben, stellt die monetäre Seite unseres Handelns dar, dessen Inhalte sich dennoch an dem Begriff der Zukunftsfähigkeit messen lassen müssen. Es war eine Herausforderung, unsere Ziele auch in diesen Größenordnungen aufrecht zu erhalten, aber ich meine, das ist uns gelungen:



Wir haben große Summen – nicht zuletzt aus den Konjunkturpaketen – in den Ausbau der Bundesfernstraßen und in die Staatsstraßen investiert. Diese Projekte werden für den Autofahrer in den nächsten Jahren zu spüren sein. Bayerns gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur soll auch weiterhin zu einer positiven Entwicklung unserer Wirtschaft beitragen. Ein Schwerpunkt war gerade im vergangenen Jahr die Bestandserhaltung der Straßen und Brücken. Hier konnten wir die bereitgestellten Mittel dank der laufenden Bestandserfassung sehr schnell und mit großer Wirkung für den Arbeitsmarkt einsetzen. Eine sorgfältige und rechtzeitige Bestandserhaltung zahlt sich wirtschaftlich auf jeden Fall aus.

Auch unter den Begriff der Zukunftsfähigkeit fallen die Investitionen in die Bildung. Die Mittel, die in die Hochschulen investiert werden, sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass bayerische Forscher weiterhin an der Spitze mithalten können.

Die Überlegungen zu den Klimaanpassungsstrategien zeigen, wie wichtig effektives Handeln jetzt ist. Effiziente Energienutzung wird dazu beitragen, schädliche Veränderungen unseres Klimas und übermäßige Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern. Angefangen bei den eigenen Dienstgebäuden über die Förderung kommunaler Infrastruktureinrichtungen bis hin zum öffentlichen und privaten Wohnungsbau: überall wirken wir mit maßgeschneiderten Verfahren und Instrumenten auf eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs hin.

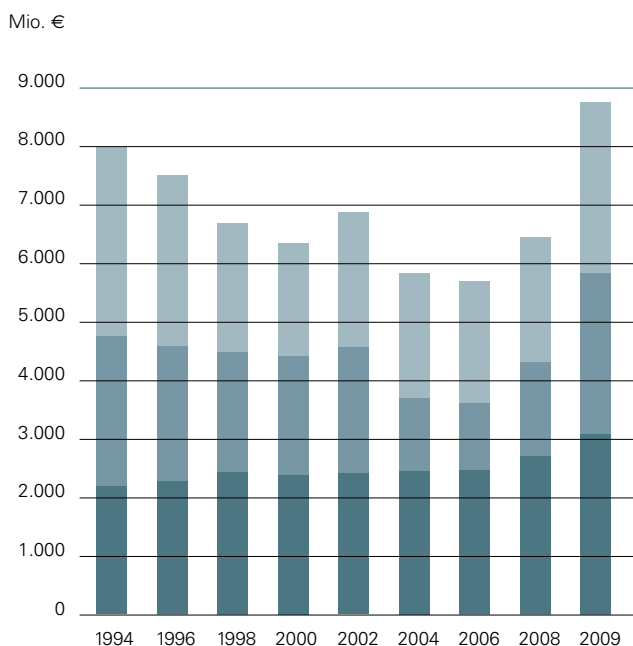
Landschaftsplanung, Lärmschutz und Radwegebau sind drei Themen, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen haben und deshalb in diesem Bericht besonders herausgestellt werden.

Auch Public Private Partnership ist, richtig eingesetzt, ein wichtiges Instrument des zukunftsfähigen Bauens. Der Bau einer Straße oder eines Gebäudes selbst ist dabei nur der Anfang. Im Betrieb, im Unterhalt und letztendlich bei der Beseitigung der Maßnahme werden beträchtliche Gelder und natürliche Ressourcen verbraucht. Mit intelligenter Technik und fortschrittlichen Verfahren kann auf die Optimierung dieses Verbrauchs hingewirkt werden. Schon bei der Investitionsentscheidung sollte sich deshalb der Betrachtungshorizont über den gesamten Lebenszyklus des Projekts erstrecken.

Die Bayerische Staatsbauverwaltung blickt auf ein überdurchschnittliches und erfolgreiches Jahr zurück. Dies ist bereits für die Baukonjunktur spürbar und an den Zahlen dieses Berichts ablesbar. Der Zukunft, die bereits begonnen hat, stellen wir uns mit dem gleichen Engagement.

Unsere Leistungen im Überblick

Durch die Bayerische Staatsbauverwaltung angestoßenes Bauvolumen



■ Staatliche Baumaßnahmen

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Hochbauangelegenheiten und die Straßen und Brücken des Landes und Bundes hat die bayerische Staatsbauverwaltung im Jahr 2009 ein Bauvolumen von 3,1 Milliarden € erzielt. Neben den reinen Bauausgaben sind darin auch Baunebenkosten und die Kosten des Grunderwerbs bei Straßen enthalten.

■ Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen

Für kommunale Straßen, für den sozialen Wohnungsbau, in der Städtebauförderung und im Rahmen des Konjunkturpakets II hat die Staatsbauverwaltung Fördermittel in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden € bewilligt. Das damit bewirkte Bauvolumen lag mit 2,7 Milliarden € weit darüber.

■ Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen

Schließlich waren wir baufachlich beteiligt an Förderprogrammen anderer Ressorts, z. B. für den kommunalen Schulhausbau und den Krankenhausbau. Dabei ging es um ein Bauvolumen von insgesamt 2,9 Milliarden €.

Die Analyse der Gesamtleistung (ohne Baukosten und Straßenbetriebsdienst) zeigt, dass bei einem Anteil der Freischaffenden von 43 % nur noch 29 % auf eigene Projektbearbeitung, also auf Planung und Bauleitung durch die Bauverwaltung, entfielen. Projektmanagement und Bauherrnaufgaben, darin

enthalten der wachsende Aufwand für die Koordination und Überwachung der Freischaffenden, machten 13 % aus. 12 % entfielen auf die administrative Betreuung des Bestandes an Straßen und Liegenschaften, 3 % auf das übergeordnete Management des Straßenbetriebsdienstes.

Leistungsspektrum der Bauämter und Autobahndirektionen (ohne Straßen- und Autobahnmeistereien)

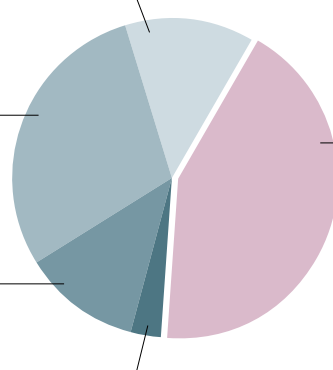
Eigenleistung

13 % Projektmanagement und Bauherrnaufgaben

29 % Projektbearbeitung (Planung und Bauleitung)

12 % Liegenschaftsbetreuung, Straßenverwaltung und allgemeine baufachliche Angelegenheiten

3 % Straßenbetriebsdienstmanagement



Fremdleistung

43 % Leistungen freischaffender Beteiligter

Das Jahr 2009 fiel in mehrfacher Hinsicht aus dem Rahmen. Zu Beginn des Jahres 2009 waren Auswirkungen der Finanzkrise auf die staatliche Ausgabenpolitik bereits zu erwarten. Es war aber noch keineswegs bekannt, welche Sektoren betroffen sein sollten, wofür und in welcher Höhe genau zusätzliche Gelder bereit gestellt würden. Die Konzeption der Programme klärte sich erst im Laufe des Frühjahrs und mit jedem Monat stieg auch der Druck, sie ohne Verzug umsetzen.

Das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen, ein angestoßenes Bauvolumen von fast 9 Milliarden €, ist eindrucksvoll. Schon 2008 war mit einer Steigerung von 11 % ein »gutes« Jahr gewesen. Das Gesamtvolumen des Jahres 2009 lag jedoch um noch einmal 36 % darüber.

Staatlicher Hochbau und Straßenbau steigerten ihre Umsätze um zusammen 351 Millionen €. Dieses Geld kam zum überwiegenden Teil unmittelbar in der Privatwirtschaft an. Bauunternehmen und Handwerk konnten im Krisenjahr 17 % zusätzliche Einnahmen verbuchen, die freischaffenden Ingenieure und Architekten 24 %. Deutlich war auch der Zuwachs der Förderungen. Schon die Zahlungen der Bauverwaltung an Kommunen und private Empfänger waren um 17 % höher als im Vorjahr. Die Bewilligungen aber sind sogar um 147 % gestiegen. Mit diesen zusätzlichen 888 Millionen € ist ein gutes Fundament für den Aufschwung gelegt. Auch das Volumen, bei dem die Bauverwaltung nur fachlich mitgewirkt hat, ohne die Mittel selbst zu verwalten, ist um 705 Millionen € oder 33 % gewachsen.

Das Leistungsspektrum der Bauverwaltung hat sich im letzten Jahr weiter in Richtung Management verschoben. Der Anteil der Leistungen in Planung und Bauleitung, die Freischaffende übernommen haben, wuchs von 39 % auf 43 %.

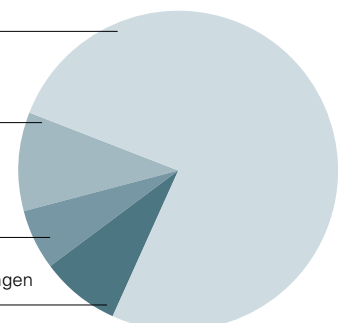
Kostenstruktur im Hoch- und Straßenbau 2009

76 % Bau- und Grunderwerbskosten von Hoch- und Straßenbaumaßnahmen

10 % Sach- und Personalkosten sowie Unternehmerleistungen im Straßenbetriebsdienst

6 % Honorarkosten für freiberufliche Leistungen

8 % Sach- und Personalkosten der Bauämter und Autobahndirektionen



Im staatlichen Hochbau und Straßenbau machten in 2009 die Baukosten (einschließlich Grunderwerb im Straßenbau) 76 % der Kosten aus, Honorare freischaffender Architekten und Ingenieure 6 % und eigene Personal- und Sachkosten 8 %. Verglichen mit 2008 bedeutet dies eine weitere Verschiebung zugunsten der freiberuflichen Leistungen um einen Prozentpunkt. Die Leistungen des Straßenbetriebsdienstes machten 10 % aus.



Das Personal im Straßenbetriebsdienst ist bei der täglichen Arbeit großen Gefahren ausgesetzt. Immer wieder werden Straßenwärter bei der Ausübung ihres Berufs schwer verletzt oder verunglücken sogar tödlich. Die Oberste Baubehörde hat deshalb gemeinsam mit der Landesverkehrswacht Bayern im Frühjahr 2009 die Plakataktion »Abstand!« initiiert.

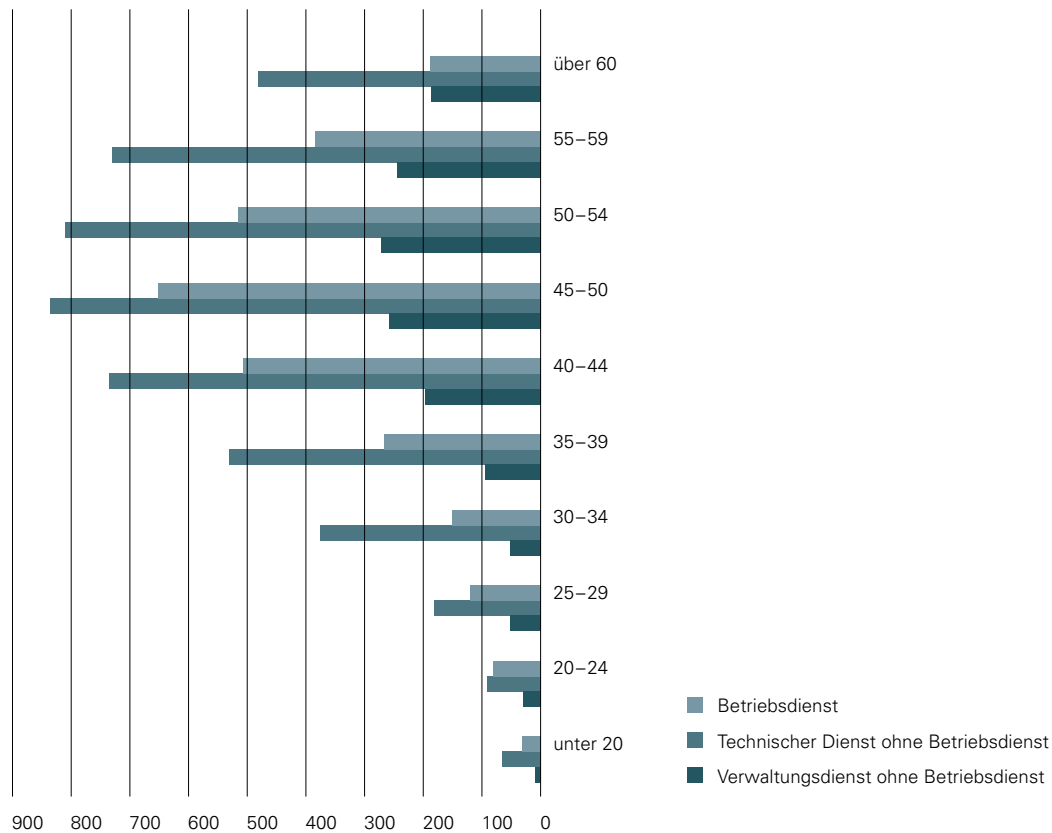
Georg Betzenbichler, den das Plakat stellvertretend für bayernweit rund 3000 Kollegen zeigt, arbeitet seit 1984 als Straßenwärter bei der Straßenmeisterei Freising:

»Zusammen mit meinen Kollegen von der Straßenmeisterei Sorge ich dafür, dass unsere Straßen immer gut befahrbar und sicher sind. Täglich bin ich unterwegs: Ich mähe die Grünflächen neben der Straße, schneide

Hecken und Bäume zurück, repariere oder ersetze beschädigte Schilder und Leitpfosten und halte die Fahrbahnen und die Entwässerung sauber. Gefahrenstellen, die z. B. nach Unfällen entstanden sind, müssen wir immer sofort in Ordnung bringen. Viel zu tun gibt es im Winterdienst. Die Verkehrsteilnehmer wollen gut befahrbare Straßen, egal wie das Wetter ist. Für uns bedeutet das: Früh raus und wenn nötig eine Nachtschicht ... auch an Feiertagen. Mir gefällt die Arbeit als Straßenwärter, weil sie sehr abwechslungsreich ist. Wir arbeiten mit modernen Fahrzeugen und Arbeitsgeräten und haben in unserer Meisterei einen guten Teamgeist.«

Menschen in der Staatsbauverwaltung

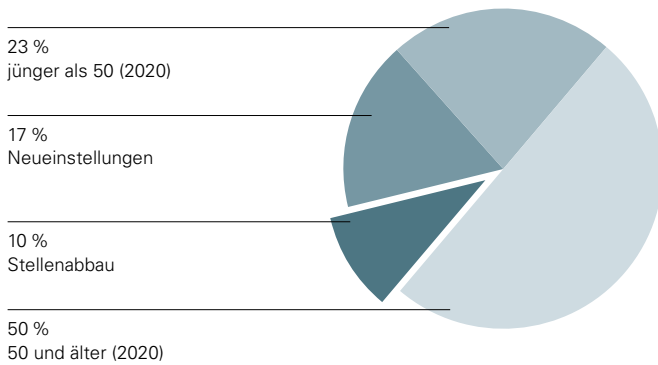
Altersstruktur nach Personalgruppen Anfang 2010



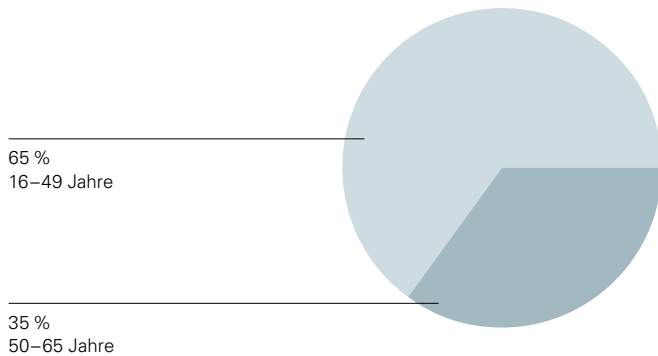
Drei Kolleginnen und ein Kollege bei einer Planungsbesprechung am Staatlichen Bauamt Ingolstadt. Dank seines vielfältigen Aufgabenspektrums gelingt es dem Bauamt immer wieder, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden.



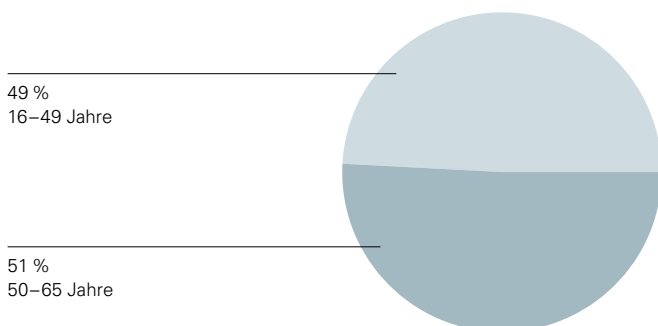
Personalentwicklung der Staatsbauverwaltung bis 2019



Altersstruktur des Straßenbetriebsdienstes 2010



Altersstruktur des Straßenbetriebsdienstes 2020



Personalabbau und Altersstruktur

Von 1993 bis 2009 wurden in der Staatsbauverwaltung insgesamt 2.494 Stellen abgebaut, das sind 18 % des Personals. Nach Beschluss des Bayerischen Ministerrats werden wir bis 2019 insgesamt weitere 885 Stellen abzubauen haben. Dies entspricht fast 9 % unseres heutigen Personalbestands. Bis 2019 werden uns ca. 2.500 erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Altersgründen verlassen. Von diesen werden wir nur ca. 64 % wieder ersetzen können.

Die reduzierten Neueinstellungen werden die Altersstruktur der Staatsbauverwaltung in den nächsten Jahren deutlich verändern. Im Jahr 2019 wird über die Hälfte der Belegschaft älter als 50 Jahre sein.

Der körperlich anstrengende Straßenbetriebsdienst ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. Hier werden statt heute 35 % im Jahr 2020 51 % der Bediensteten über 50 Jahre alt sein.

Trotz abnehmender Personalzahlen und alternder Belegschaft wollen wir ein innovativer, für junge Nachwuchskräfte attraktiver Arbeitgeber bleiben. Es gilt, das teamorientierte Zusammenwirken zwischen den Generationen zu fördern sowie Motivation und Leistungsfähigkeit auch im fünften und sechsten Lebensjahrzehnt zu erhalten.

Lebenslanges Lernen, berufliche Wiedereingliederung nach Erziehungszeiten oder längerer Krankheit, altersgerechte Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplatzgestaltung werden wichtige Tätigkeitsfelder unseres Personal- und Fortbildungswesens sein.

Die öffentliche Hand als Auftraggeber

Beschleunigung von Vergabeverfahren in den Jahren 2009 und 2010

Im Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen hat Bayern für alle Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen mit Bekanntmachung vom 3. März 2009 befristet bis zum 31. Dezember 2010 Beschleunigungen von Vergabeverfahren auf den Weg gebracht: Damit sind Beschränkte Ausschreibungen im Baubereich bis zu 1 Million € und Freihändige Vergaben bis zu 100.000 € ohne nähere Begründung zulässig. Für Lieferungen und Dienstleistungen beträgt die Wertgrenze einheitlich 100.000 €. Für Nichtoffene Verfahren hat die EU die Verkürzung der Fristen wegen Dringlichkeit allgemein zugelassen. In Nichtoffenen Verfahren ist eine Verkürzung der Fristen wegen Dringlichkeit ohnehin zulässig. Ergänzende Maßnahmen sollen Wettbewerb und Transparenz sicherstellen.



Von der Verdingungs-Ordnung für Bauleistungen 1947 zur Vertragsordnung für Bauleistungen 2006.

Vergaberechtsmodernisierungsgesetz in Kraft getreten

Das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts ist am 24. April 2009 in Kraft getreten. Besonders wichtig ist die Verstärkung der Mittelstandsklausel. Der Grundsatz der losweisen Vergabe für Öffentliche Aufträge ist nun in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgenommen. Darüber hinaus können nun, entsprechend der zu Grunde liegenden europäischen Richtlinie, für die Ausführung eines konkreten Auftrags zusätzliche soziale, umweltbezogene oder innovative Anforderungen an den Auftragnehmer gestellt werden. Diese zusätzlichen Anforderungen müssen im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen.

Daneben werden Bestimmungen über das Nachprüfungsverfahren mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung geändert. Für Städte und Kommunen von besonderer Bedeutung ist die Klarstellung, dass Grundstücksverkäufe an einen Investor, die gleichzeitig städtebauliche Auflagen umfassen, keine öffentlichen Aufträge sind, die dem Vergaberecht unterliegen und ausgeschrieben werden müssen.

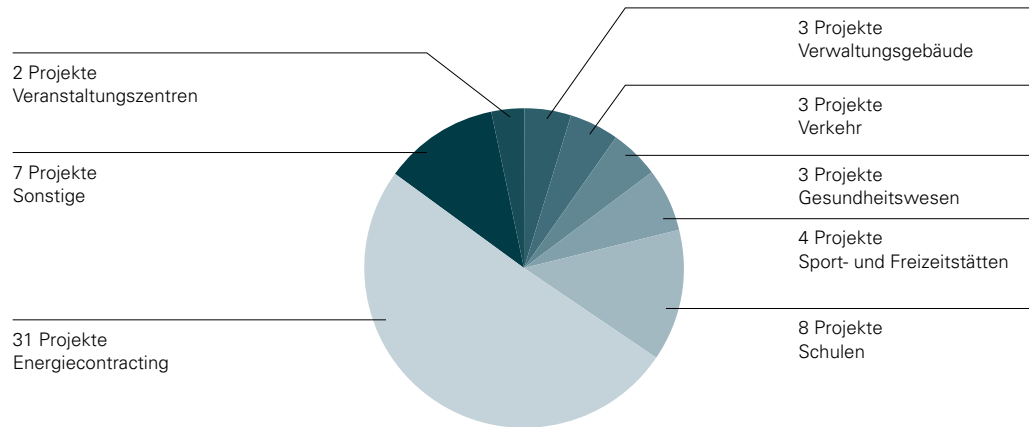
VOB, VOL und VOF neu gefasst

Nach den Änderungen des GWB durch das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz wurden die Vergabeordnungen VOB, VOL und VOF von den zuständigen Ausschüssen neu gefasst und im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie sind allerdings erst anzuwenden, wenn sie ab Erreichen der Schwellenwerte durch Änderung der Vergabeverordnung bzw. unterhalb der Schwellenwerte in Bayern durch Bekanntmachung der Staatsregierung oder des StMI eingeführt wurden (voraussichtlich Mai 2010). Die in unserem Bild gezeigte Reihe können wir somit bald um einen weiteren Band ergänzen.

6. Novelle der HOAI

Bei der Novellierung der HOAI haben wir uns in enger Zusammenarbeit mit den Kammern intensiv für zahlreiche Verbesserungen eingesetzt. Bayerns Antrag im Bundesrat hat die noch offenen Forderungen aufgegriffen und wurde Grundlage für die Zustimmung der Länder im Bundesrat. Nach langen, heftigen und kontroversen Diskussionen ist die 6. Novelle der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) am 18. August 2009 in Kraft getreten. Unter anderem wurden die Honorare um 10 % angehoben und der Spielraum für Vertragsverhandlungen erweitert. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde vereinbart, dass die HOAI auf der Grundlage des Bundesratsbeschlusses schnellstmöglich weiter modernisiert wird. Dabei wird es einerseits um die Modernisierung der Leistungsbilder gehen, entsprechend den gewandelten Berufsbildern, den Umweltbelangen und den Regeln der Technik, andererseits um die Überarbeitung der Honorarstruktur.

An unserer 2009 veröffentlichten Umfrage zu PPP haben $\frac{3}{4}$ der bayerischen Kommunen teilgenommen. Schwerpunkte waren Schulen mit acht und Energiecontracting mit 31 Projekten.



Der Bayerische Weg – wir entwickeln PPP weiter

Öffentlich-private Zusammenarbeit hat in Bayern eine lange Tradition und tritt in vielen unterschiedlichen Spielarten auf. Seit jeher werden Planungs- und Bauleistungen an freiberuflich Tätige und Firmen vergeben. Auch der Bauunterhalt sowie Wartungs- und Erhaltungsaufgaben oder sonstige Leistungen während der Betriebsphase eines Gebäudes oder einer Straße werden von privaten Partnern wahrgenommen. Public Private Partnership ist eine mögliche Form der Kooperation, die sich dadurch auszeichnet, dass Leistungen aus dem gesamten Lebenszyklus in einem einzigen langfristigen Vertrag zusammenfasst werden. Mit dieser speziellen Form der öffentlich-privaten Zusammenarbeit befasst sich die bayerische Staatsbauverwaltung seit 6 Jahren intensiv und sammelt Erfahrungen bei 13 Projekten im Hoch- und Straßenbau, deren Gesamtvolumen rund 2,5 Milliarden € beträgt. Darüber hinaus unterstützen wir die bayerischen Kommunen bei der Durchführung ihrer PPP-Projekte durch ein Bündel von Maßnahmen und erfüllen damit einen Auftrag des Bayerischen Landtags.

Grundlagen mit Verbänden, Wirtschaft und Banken partnerschaftlich erarbeiten

Die Oberste Baubehörde leistet umfangreiche Grundlagenarbeit zu PPP und gibt im Rahmen des Bayerischen PPP-Kooperationsmodells den bayerischen PPP-Leitfaden heraus: Teil 1 befasst sich mit Grundlagen und Projekteignung, Teil 2 mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Finanzierung und Teil 3 mit der Vergabe und Vertragsgestaltung. Der 4. Teil des Leitfadens wurde von Staatsminister Herrmann im Rahmen der Baukonferenz »gemeinsam Bauen« am 7. Dezember 2009 vorgestellt. Mit dem Thema Bauunterhalts- und Betriebsphase behandelt er den eigentlichen Kern von PPP. Diese Phase ist so wichtig, weil sie den weit überwiegenden Teil der Projektlaufzeit ausmacht und weil das Objekt hier seine Zweckbestimmung erfüllen muss. Der Leitfaden ist mit seiner Fokussierung auf Bauunterhalt, Betrieb und Vertragscontrolling bisher einmalig in Deutschland und leistet daher einen besonders wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung von PPP. Er wurde von Arbeitskreismitgliedern aus Verwaltung, Verbänden, Wirtschaft und Banken erarbeitet und bringt somit die Erfahrungen und gemeinsame Position der maßgeblichen Akteure in Bayern zum Ausdruck.

Der Landkreis Hof erreicht die hohe Effizienz seines PPP-Projekts für Schulen dadurch, dass er zwar Planung, Bau und Betrieb an private Partner vergibt, die Finanzierung aber selbst übernimmt. Im Bild das Gymnasium Naila.





Die Stadt Nürnberg führt mit Unterstützung der Obersten Baubehörde ein PPP-Projekt für vier Schulen durch. Hier die Turnhalle des Hans-Sachs-Gymnasiums.

Nach der Vormontage folgt mit dem Einschwimmen der Stahlbrücke unter den Augen eines interessierten Publikums die wohl spektakulärste Phase bei der Erneuerung der Mainbrücke Bergheimfeld im Rahmen eines PPP-Projekts. Vertragsgegenstand ist neben dem Bau der Brücke deren Erhaltung über einen Zeitraum von 25 Jahren.



Wir beraten die Kommunen

Für die Begleitung konkreter Projekte steht den Kommunen die PPP-Arbeitsgruppe Bayern (PPP-AG) unter der Leitung der Obersten Baubehörde als kompetenter Ansprechpartner zur Seite. Unser Angebotsspektrum reicht von der Erstberatung am Projektanfang über die Klärung von Detailfragen bis hin zu einer langfristigen Projektbegleitung. Die PPP AG verfügt über umfassende Erfahrungen aus staatlichen Projekten im Hoch- und Straßenbau sowie aus der Begleitung vieler kommunaler Projekte. Sie hilft, die Rahmenbedingungen für PPP weiter zu verbessern und Hindernisse bei der Realisierung zu beseitigen. Unser Angebot wird von den bayerischen Kommunen gut angenommen. Seit Gründung der PPP-AG im Jahr 2005 haben mehr als 250 Beratungsgespräche zu über 70 kommunalen Projekten stattgefunden.

Erfahrungen austauschen, Potentiale nutzen

Parallel dazu erheben wir regelmäßig den Stand von PPP-Projekten in Bayern. Im Vergleich zu 2006 lässt die 2009 veröffentlichte Umfrage einen Anstieg kommunaler Projekte vor allem im Bereich Energiecontracting erkennen. Bei einigen bayerischen Kommunen liegen bereits beachtliche Erfahrungen mit Public Private Partnership vor, während andere das Thema gerade erst aufgreifen. Die Oberste Baubehörde hat daher mit dem Kommunalen Forum PPP in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag eine Plattform ins Leben gerufen, auf der ein Erfahrungsaustausch zu PPP unter den bayerischen Kommunen stattfindet. Im Rahmen von Werkstattberichten und Gesprächen besteht die Gelegenheit, von den praktischen Erfahrungen vieler öffentlicher Auftraggeber zu profitieren und Kontakte zu Wissensträgern aus der Verwaltung zu knüpfen. Im Rahmen der dritten Veranstaltung im Mai 2009 hat der damalige Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß die Haltung der bayerischen Staatsregierung zu PPP vorgestellt. Bei der

4. Sitzung am 20. Oktober 2009 in Erlangen standen die Themen Contracting und PPP-Projekte mit Beistellung öffentlicher Finanzierung im Vordergrund. Die fünfte Veranstaltung im Rahmen des kommunalen Forums PPP fand am 12. Mai 2010 statt.

Wir entwickeln PPP weiter

Die Testphase liegt hinter uns. Unsere Erkenntnisse aus den staatlichen PPP-Projekten sind in einen Evaluierungsprozess eingeflossen, der eine differenzierte Analyse positiver und negativer Aspekte öffentlich-privater Partnerschaften ermöglicht hat und Wege hin zu neuen Modellen der Kooperation aufzeigt. So haben wir z. B. 2009 bei der Durchführung staatlicher Projekte und der Begleitung kommunaler Projekte gute Erfahrungen mit Modellen gemacht, bei denen auf eine private (Vor)Finanzierung verzichtet wurde. Während privat finanzierte Projekte auf Grund der Finanzkrise häufig unwirtschaftlich waren oder überhaupt nicht zu Stande kamen, konnten Modelle mit Beistellung einer öffentlichen Finanzierung in Bayern erfolgreich abgeschlossen werden. Sie erzielten wirtschaftlichere Ergebnisse, da nicht nur die Belastungen durch weniger günstige Finanzierungsbedingungen Privater entfallen, sondern auch die Transaktionskosten deutlich reduziert werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Wir haben die Erfahrung gewonnen, dass neben der »klassischen« – konventionellen – Realisierungsform etliche Varianten der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zur Verfügung stehen, die sich aus Bausteinen zusammensetzen lassen und die wir in Zukunft weiter erproben werden. Wir verfolgen damit den Ansatz einer Flexibilisierung des PPP-Konzeptes, um so die Projektbausteine Planen, Bauen, Unterhalten, Betreiben im jeweils erforderlichen Umfang auf die einzelne Maßnahme bezogen zu konfigurieren.

Das Campusgelände Regensburg bindet durch großzügige Grünflächen die Universitätsgebäude in das urbane Umfeld ein. Dadurch entsteht eine vorbildliche Symbiose von Landschaft und Bauen.

Landschaftsplanung

Landschaftsplanung – eine fachübergreifende Zukunftsaufgabe bei staatlichen Infrastrukturmaßnahmen

Die Frage, Wo und Wie Gebäude, Siedlungen, Gewerbegebiete oder Straßen entstehen oder weiter entwickelt werden, ist entscheidend für die Verträglichkeit und Nachhaltigkeit unseres wirtschaftlichen Handelns.

Mit der im August 2009 vollzogenen Einrichtung eines zentralen Sachgebietes »Landschaftsplanung« an der Obersten Baubehörde wurde der wachsenden Bedeutung eines umweltverträglichen Bauens auch organisatorisch Rechnung getragen. An den Autobahndirektionen, der Landesbaudirektion und den Staatlichen Bauämtern sind in den Sachgebieten »Landschaftsplanung« über hundert Fachleute für die Landschaftsplanung fachübergreifend für den Hochbau und den Straßenbau tätig.

Die Landschaftsplaner der Staatsbauverwaltung stehen auf allen Verwaltungsebenen für eine qualifizierte Landschaftsplanung beim Bau von Straßen oder öffentlichen Gebäuden, aber auch in der Bauleitplanung und dem Städtebau sowie für die Förderung der Baukultur.



Die historische Eichenallee an der St 2068 bei Seefeld besteht aus 685 Bäumen. Neben ihrer einmaligen Bedeutung für die bayerische Kulturlandschaft leistet sie auch als Lebensraum für seltene Tierarten wie den Hirschkäfer ihren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität.



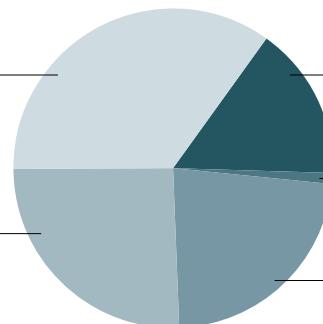
Beim Staatlichen Hochbau spielen vor allem die Gestaltung der Freiflächen und die Einbindung der neu errichteten Gebäude wie z. B. Universitäten oder Nutzgebäude der Streitkräfte in das Stadtbild und die Landschaft eine große Rolle. Beim Straßenbau sind es vor allem die Entwicklung von Planungsalternativen, die Erhaltung wertvoller Strukturen, die Erarbeitung von Kompensationsmaßnahmen sowie die Gestaltung des Landschaftsbildes.

So wurden bisher für die Wiederherstellung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes für Eingriffe durch den Straßenbau insgesamt 3.677 ha Ausgleichsflächen angelegt. Bei der Bepflanzung von Ausgleichsflächen werden überwiegend gebietsheimische Bäume und Sträucher verwendet. Die Ausgleichsflächen werden dauerhaft nach ökologischen Bedürfnissen gepflegt und tragen damit zum Biotopverbund bei. Die Pflege der rund 40.000 ha Grünflächen an überörtlichen Straßen wird vor Ort von Gärtnertrupps und den Landschaftsplanern an den Bauämtern fachlich angeleitet. Damit können Bäume und Sträucher die Infrastruktur dauerhaft in die Kulturlandschaft Bayerns einbinden.

**Summe der Ausgleichsflächen
der bayerischen Staatsbauverwaltung 2009
3.677 ha**

1.286 ha
Offenlandbiotope, Grünland

942 ha
Wälder, Feldgehölze, Gebüsche



562 ha
Sonstige

49 ha
Sonderstandorte

838 ha
Feuchtbiotope, Gewässer



Verleihung der Leo von Klenze Medaille 2009

Leo von Klenze hat mit einer Fülle einzigartiger Monumentalbauten und Platzanlagen die Gestalt Münchens und Bayerns nachhaltig geprägt. Als erster Leiter der Obersten Baubehörde hat er auch das Fundament für die noch heute bestehende Struktur der staatlichen Bauverwaltung in Bayern gelegt.

Seit 1996 verleiht der Freistaat Bayern die Leo von Klenze Medaille an Persönlichkeiten des Baugeschehens, die Herausragendes geleistet haben auf den Gebieten der Architektur, des Wohnungs- und Städtebaus und des Ingenieurbaus. Bisher wurde die Auszeichnung in den Jahren 1996 bis 2005 an insgesamt 12 Architekten und Bauingenieure vergeben.

2009 jährte sich der Geburtstag Klenzes zum 225. Mal. Dieses Jubiläum war uns ein willkommener Anlass für die fünfte Verleihung der Klenzemedaille am 25. Juni 2009.

Die Räumlichkeiten der Residenz Würzburg boten dafür einen besonders würdigen Rahmen. Das Meisterwerk Balthasar Neumanns zählt zu den bedeutendsten Schlossanlagen der Barockzeit in Europa. Die UNESCO hat das Bauwerk wegen seiner Einheitlichkeit und zugleich Originalität im Jahr 1981 zum Weltkulturerbe erhoben.



Hintere Reihe v.l.n.r.:
 Prof. Dr. Herbert Kupfer, Prof. Dr. Josef Eisenmann, Prof. Dr. Kurt Ackermann
 Vordere Reihe v.l.n.r.:
 Prof. Dr. Gert Albrecht, Staatsminister Joachim Herrmann, Prof. Dr. Winfried Nerdinger, Ministerialdirektor Josef Poxleitner, Prof. Dr. Otto Meitinger, Prof. Karljosef Schattner, Staatssekretär Dr. Bernd Weiß, Ministerialdirektor a. D. Dr. Benno Brugger



Die Preisträger des Jahres 2009 sind:

Professor Dr. Ing. Gert Albrecht, Bauingenieur, Prüflingenieur für Baustatik – Metallbau, früher Ordinarius für Stahlbau an der Technischen Universität München und Dekan der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen.

Professor em. Dr. Ing. Otto Meitinger, Architekt, früher Ordinarius für Entwerfen und Denkmalpflege an der Technischen Universität München und Präsident der Technischen Universität München.

Professor Dr. Ing. Winfried Nerdinger, Professor für Architekturgeschichte und Direktor des Architekturmuseums an der Technischen Universität München.

Professor Dipl.-Ing. Karljosef Schattner, Architekt, früher Leiter des Bauamts der Diözese Eichstätt.

Der Bayerische Staatsminister des Innern Joachim Herrmann blickte in seiner Festrede auf Bayerns großartiges und vielseitiges baukulturelles Erbe: »Gebäude, Straßen und Plätze bilden das Rückgrat unserer Städte, Gemeinden und Dörfer; sie sind Zeugnis unserer Vergangenheit. Im Spannungsfeld von Tradition und Innovation ist die Baukultur das Bindeglied. Mit ihr wahren wir unsere Identität.« In der Tradition Leo von Klenzes sieht der Minister es als seine Aufgabe, dieses baukulturelle Erbe zu erhalten, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Herr Staatssekretär Dr. Bernd Weiß würdigte in seinen Laudationes die Verdienste der vier Preisträger um die Baukultur in Bayern: »Mit Ihren Werken in der Tradition Klenzes haben Sie Maßstäbe für nachfolgende Generationen von Bauschaffenden gesetzt. Ihre Leistungen sind Vorbild und Ansporn.«

In seiner Dankesrede erinnerte Herr Professor Otto Meitinger daran, dass die Nachwelt dem Werk Leo von Klenzes lange Zeit wenig Anerkennung zollte. »Der Klassizismus war als »Nachahmung der Antike« abgetan und auch die klassizistischen Baumeister galten für viele als »Nachahmer«. Erst als Oswald Hederer in seiner Dissertation und später in seinen Standardwerken die Bedeutung des Klassizismus gerade für München herausstellte, gewann diese Stilrichtung wieder an Ansehen.« Professor Otto Meitinger bedankte sich für die von den Preisträgern als besondere Ehrung empfundene Auszeichnung, »trägt die Medaille doch den Namen eines der bedeutendsten Baumeister Bayerns«.



A low-angle, upward-looking photograph of a modern building's exterior. The central focus is a large, golden-yellow textured panel with horizontal lines, which appears to be part of a facade system. To the right, there are several windows with dark frames. The sky is visible in the background, and a metal structure, possibly a staircase or scaffolding, is visible on the left side. The overall lighting is bright, suggesting daytime.

Hochbau

Der Staatliche Hochbau blickt für das Jahr 2009 auf ein noch nie erreichtes Rekordausgabevolumen von 1,63 Milliarden € zurück. Die Bewältigung dieses enormen Volumens belegt unsere Leistungsfähigkeit. Die Qualität der Bauten und die Förderung der Baukultur sind uns bei der Umsetzung der Projekte immer wichtige Ziele.

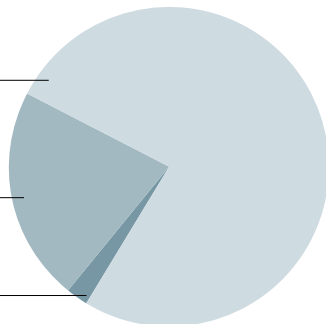
Staatlicher Hochbau 2009
1.627,9 Mio. €

Bauausgaben, Baunebenkosten, Personalkosten und Sachausgaben

1.240,1 Mio. € (76,2 %) projektbezogene Kosten

354,2 Mio. € (21,7 %) Bauunterhaltskosten

33,6 Mio. € (2,1 %) sonstige Kosten



Im Jahr 2009 wuchs das Gesamtausgabevolumen bei Baumaßnahmen des Landes und des Bundes gegenüber dem Vorjahr um über 100 Millionen € auf rund 1,63 Milliarden € an. Den ohnehin anhaltenden Zuwachs der Bauaufgaben verstärkten laufende Sonderprogramme und das Konjunkturpaket II. Einen derartigen Investitionsanstieg bei knappen Personalressourcen gab es noch nie. Die Bewältigung dieses außerordentlichen Aufgabenpakets verdanken wir vor allem dem enormen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Hochbau in der Bayerischen Staatsbauverwaltung.

Vom Gesamtvolumen entfielen 1,24 Milliarden € und damit 76 % auf die Durchführung von Hochbauprojekten im Bereich des Landes, des Bundes, der Gaststreitkräfte und der NATO, rund 354 Millionen € bzw. 22 % wurden für den laufenden Bauunterhalt aufgewendet. Bei großen Baumaßnahmen haben wir 81 % der Planungen an externe Planungsbüros vergeben. Die Gesamtausgaben für Honorare freiberuflich Tätigen betragen 2009 166 Millionen € (2008 131 Millionen €).

Große Hochbaumaßnahmen 2009
957 Mio. €

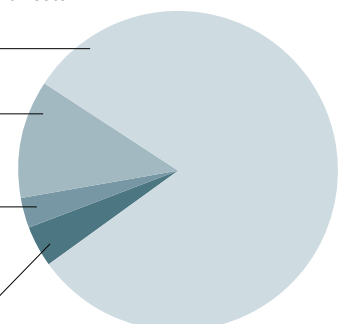
Bauausgaben, Baunebenkosten, Personalkosten und Sachausgaben

82 % Bauausgaben

12 % Honorare der Architekten und Ingenieure

2 % Personal- und Sachkosten der Bauämter für Projektbearbeitung

4 % Personal- und Sachkosten der Bauämter für Projektmanagement





Im Jahr 2009 konnten wir das Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude erfolgreich fortsetzen und dabei allein dafür rund 40 Millionen € investieren. Darüber hinaus haben wir unsere Aktivitäten auf dem Feld der Energieeinsparung weiter ausgebaut und intensiviert. Es wurden Pilotprojekte im Bereich des Energiespar-Contracting initiiert und die Modellvorhaben zur Sanierung von staatlichen Verwaltungsbauten im Passivhausstandard fortgeführt.

Der staatlich geförderte Hochbau ist ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld. Hier sind wir für die baufachliche Beratung und Prüfung von Bauprojekten zuständig, die kommunale und private Bauherren mit staatlichen Fördermitteln umsetzen. Das im Jahr 2009 bearbeitete Volumen für die Fördermaßnahmen von Bund und Land betrug rund 2,35 Milliarden €. Im Jahr 2009 war darüber hinaus auch im Förderbereich das Konjunkturpaket II ein bedeutender Schwerpunkt, der von Landesbaudirektion und den Regierungen zu bewältigen war. Ein ausführlicher Bericht dazu ist ab S. 47 zu finden.

Staatlich geförderter Hochbau 2009

2.350,9 Mio. €

Bund und Land

1.340,4 Mio. € (57 %)

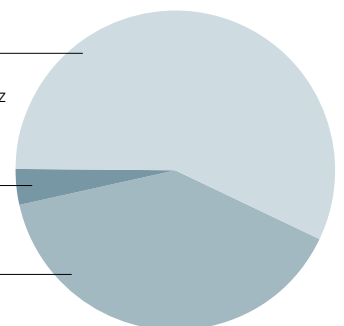
Land – Krankenhausfinanzierungsgesetz

89,5 Mio. € (3,8 %)

Bund

921 Mio. € (39,2 %)

Land – Finanzausgleichsgesetz
und übrige



Zum geförderten Hochbau zählen beispielsweise Bauprojekte für Schulen oder Krankenhäuser im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bzw. des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Im Juli packte Staatsminister Joachim Herrmann mit an beim Spatenstich für das neue Chemikum der Universität Erlangen-Nürnberg.



Erweiterungsbauten für die Ausbildungsrichtungen Technik und Wirtschaft, sowie zentrale Einrichtungen der Hochschule für angewandte Wissenschaften, Fachhochschule Deggendorf, geplant von den Architekten Bez und Kock, Stuttgart.



»Bayern FIT« und »Konjunkturpaket II« – Ausbau der Bayerischen Hochschullandschaft

Der Hochschulbau ist aufgrund des hohen Investitionsvolumens eine wichtige Säule des staatlichen Hochbaus. Die 60er und 70er Jahre waren geprägt von einer Gründungswelle neuer Universitäten und der Verlagerung der Natur- und Ingenieurwissenschaften an die Peripherie der Städte. In den 90er Jahren wurden die Regionen durch Fachhochschul-Neugründungen gestärkt.

Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind in einer »weiteren Welle« die baulichen Voraussetzungen für den Ausbau der Studienplätze zu schaffen. Mit dem doppelten Abiturjahrgang werden zum Wintersemester 2011/12 ca. 300.000 Studenten an den bayerischen Hochschulen erwartet. 2015/16 wird ein weiterer Höhepunkt der Studierendenzahl mit 330.000 Studenten erwartet.

Die zeitlichen Vorgaben sind extrem kurz: Für die termingerechte Übergabe der Bauprojekte zur Bewältigung der steigenden Studentenzahlen stehen nur ca. 3,5 Jahre für Planung und Ausführung zur Verfügung. Unser Ziel ist es, trotz dieser kurzen Planungs- und Bauzeiten keinerlei Qualitätseinbußen zuzulassen. Es gilt, die Hochschullandschaft nachhaltig zu stärken. Hochschul- und Forschungsbauten müssen neben Wirtschaftlichkeit und architektonischer Qualität vor allem auch optimale Lehr- und Forschungsbedingungen bieten, die auch dem internationalen Vergleich standhalten.

Innerhalb der Zukunfts- und Investitionsprogramme »Bayern FIT« und des »Konjunkturpakets II« entstehen derzeit 69 Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten von ca. 1,2 Milliarden €. Um nur einige Schwerpunkte zu nennen:

Auf dem Hublandcampus in Würzburg entsteht ein neues Praktikums- sowie ein Hörsaalgebäude, in der Bamberger Altstadt am Markusplatz mehrere Unterrichtsgebäude. Auf dem Campus in Regensburg errichten wir Hörsaalgebäude sowohl für die Universität als auch für die Hochschule für angewandte Wissenschaften. In Augsburg komplettiert der Neubau für Kunst und Musik den Universitätscampus und mit vier Baumaßnahmen kann die Sanierung und der Ausbau der Hochschule abgeschlossen werden. Die Hochschule Deggendorf verdoppelt ihr Flächenangebot beinahe. Die beiden Münchner Exzellenz-Universitäten erweitern nicht nur ihre neuen Campusanlagen, beispielsweise durch ein Zentrum für Demenzforschung in Großhadern, sondern stärken auch jeweils ihre Stammgelände in der Innenstadt durch neue Seminarräume und Hörsäle.

Mit den Sonderprogrammen wird die Hochschulstruktur in Bayern nachhaltig gestärkt. Unsere Aufgabe ist es, vorausschauend zu planen und die Erfordernisse der Wissenschaft zu erkennen und umzusetzen, um die Spitzenstellung Bayerns in Forschung und Lehre weiter auszubauen.

Polizeipräsidium Unterfranken, Würzburg:
Die durch den Bau der Einsatzzentrale im
Hauptgebäude entfallenden Büroflächen
kompensiert ein Erweiterungsbau.



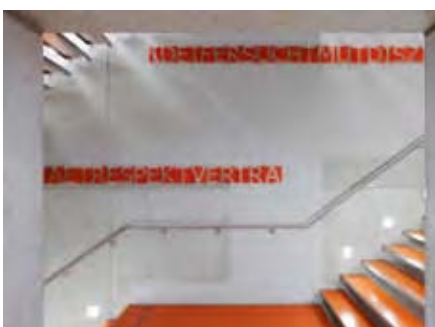
Polizeipräsidium Oberpfalz, Regensburg:
In dem scheinbar über dem Gebäude
schwebenden Konvergenzgeschoss können
Großlagen in Verbindung mit der Einsatz-
zentrale stattfinden.



Polizeiruf 110 – Bauen für die Bayerische Landespolizei

Die bauliche Umsetzung der Polizeireform in Bayern ist erfolgreich abgeschlossen. An neun Standorten wurden mit einem baulichen Investitionsrahmen von ca. 65 Millionen € die Polizeipräsidien mit Einsatzzentralen neu konzipiert. Die Organisationsreform verschmolz die Ebene der bisherigen Polizeidirektionen mit den Polizeipräsidien. Aus der vierstufigen entstand eine dreistufige Organisation mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern an der Spitze.

In den Präsidiien lässt sich nun die Philosophie einer zentralen Notrufannahme und Einsatzsteuerung für den jeweils gesamten Präsidiensbereich optimal umsetzen. Herzstücke der neuen Polizeipräsidiien sind bayernweit statt bisher 29 nun zehn hochmoderne und leistungsfähige Einsatzzentralen. Hier laufen sämtliche Notrufe sowie Überfall- und Einbruchmeldeanlagen auf, von hier werden zentral alle Polizeieinsätze für den jeweiligen Präsidiensbereich gesteuert. Der Dauerbetrieb und die technische Ausstattung erfordern Vollklimatisierung sowie entsprechend große Technikflächen. Hohe sicherheitstechnische Anforderungen an Betriebstechnik und an Baukonstruktion stellten Architekten und Ingenieure vor vielfältige Herausforderungen. Entstanden sind kommunikationsfreundliche Raumeinheiten, die den Bediensteten der Polizei ein effektives Arbeiten rund um die Uhr ermöglichen.



Polizeipräsidium Oberbayern Nord,
Ingolstadt. Kunst am Bau: Die »Sprach-
bilder« aus Glas von Monika Huber
enthalten Bezüge zur Arbeit der Polizei
und deren Konfliktsituationen.



Polizeipräsidium Oberbayern Süd, Rosenheim: Das siebengeschossige Gebäude entstand im Polizeihof der ehemaligen Polizeidirektion. Die nach Osten terrassenförmig abgetreppte Gebäudeform lockert die sehr dichte Bebauung des Areals angenehm auf.

Polizeipräsidium Unterfranken, Würzburg: Ein Glassteg verbindet den Erweiterungsbau mit dem Hauptgebäude.



Für das Polizeipräsidium Oberpfalz in Regensburg wurde das ehemalige Fernmelde- und Unterkunftsgebäude der Rafflerkaserne umgebaut.



Ausschlaggebend für die neun ganz unterschiedlichen Planungskonzepte war der jeweils vorgefundene Gebäudebestand. An den Standorten Augsburg, Kempten, Nürnberg, Straubing, Regensburg und Würzburg erhielten die Dienststellen durch Umbauten im Bestand und zum Teil durch Ergänzungen die erforderlichen Räumlichkeiten. In Bayreuth, Ingolstadt und Rosenheim entstanden maßgeschneiderte Neubauten. Auch modernste energetische Anforderungen kamen dabei nicht zu kurz, zum Beispiel in Straubing: Über eine geothermische Anlage kühlt hier Grundwasser die hoch installierten Räume.

Rückblickend hat die Organisationsreform der Bayerischen Polizei die Staatlichen Bauämter vor neun individuell anspruchsvolle und spannende Planungs- und Bauaufgaben gestellt, die im engen Schulterschluss mit der Polizei professionell und präzise umgesetzt werden konnten.



Polizeipräsidium Niederbayern, Straubing: In den hoch technisierten Einsatzzentralen werden alle Polizeieinsätze für den Bereich des jeweiligen Präsidiums gesteuert.

Die Perspektive zeigt die geplanten Erweiterungsbauten nach dem Konzept von Hascher Jehle Architektur aus Berlin entlang der Bingstraße.



Der Lageplan stellt das bestehende Ensemble von Sep Ruf und die geplanten Erweiterungsbauten dar, die in respektvollem Abstand zum Bestand das Gesamtareal arrondieren.



Aktuelle Planungswettbewerbe

Für unsere Bauaufgaben streben wir stets zukunftsorientierte Lösungen mit hoher architektonischer Qualität an. Architektenwettbewerbe sind hierfür ein hervorragendes Instrument: Für die individuelle Planungsaufgabe kann aus den unterschiedlichen Beiträgen der Entwurf ausgewählt werden, der in wirtschaftlicher, funktionaler und gestalterischer Hinsicht die optimale Lösung verspricht. Damit leisten wir einen Beitrag zur Baukultur unseres Landes.

Für den Erweiterungsbau des Bayerischen Landtags haben wir bereits im Wettbewerb ein energetisch vorbildliches Gebäude als Planungsziel vorgegeben. Der Entwurf sieht im Nordhof des Maximilianeums einen kubischen Baukörper vor, der trotz seiner baulichen Eigenständigkeit das denkmalgeschützte Ensemble respektiert. Die Vorgabe des Wettbewerbs, die Kriterien des Passivhausstandards zu erreichen, wird in der weiteren Planung umgesetzt. Neben der hochgedämmten Gebäudehülle und Dreifachverglasungen kommt eine sehr effiziente Gebäudetechnik zum Einsatz. Darüber hinaus tragen thermische Solarkollektoren und eine Photovoltaikanlage mit ca. 250 m² dazu bei, ein Gebäude mit einem außerordentlich niedrigeren Energieverbrauch zu realisieren.

Beim Wettbewerb zur Erweiterung der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg stand der respektvolle Umgang mit dem von Sep Ruf erbauten Ensemble aus filigranen Pavillons im Vordergrund. Die drei eingeschossigen Erweiterungsbauten führen die Formensprache des Bestands aus den 50er Jahren fort und fassen das parkartige Gelände zu einem Campus zusammen. Damit können alle Lehrstühle auf dem Stammgelände zusammengeführt und das notwendige Angebot an Unterrichts- und Arbeitsräumen geschaffen werden, um das Lehrangebot künftig erweitern zu können. Mit diesem Konzept gelingt es außerdem, die Wahrnehmung der Akademie im Stadtraum zu verbessern.

Bei zahlreichen weiteren Wettbewerben wurden für die unterschiedlichsten Planungsaufgaben qualitätvolle städtebauliche und architektonische Entwürfe prämiert. Im Hochschulbau reichte das Spektrum von der Konversion eines ehemaligen Kasernengeländes bis zum Neubau von Instituts- und Forschungsgebäuden. Für Projekte der Polizei und der Finanzverwaltung haben wir ebenfalls Wettbewerbsverfahren durchgeführt, die durchwegs zu überzeugenden Lösungen geführt haben.

Die Animation veranschaulicht den kubischen Erweiterungsbau für den Bayerischen Landtag, der im Nordhof des Maximilianeums entstehen wird. Der Entwurf stammt von Léon Wohlhage Wernik Architekten, Berlin.



Olympiaschanze in Garmisch-
Partenkirchen: Prominentes Beispiel
für innovative Bauteile – Zustimmung
im Einzelfall





Recht, Planung und Bautechnik

Veränderungen in Gesellschaft und Umweltbewusstsein sowie Vorgaben der EU erfordern die stetige Überarbeitung der rechtlichen Vorgaben für das Planen und Bauen. Das Spannungsfeld zwischen Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und Wirtschaftlichkeit verlangt dabei nach praktikablen Lösungen. Zusätzlicher Aufwand soll möglichst vermieden werden.

Photovoltaik

Die staatliche Förderung von Solaranlagen sowie sinkende Investitionskosten führten in den letzten Jahren zu einer verstärkten Planung von Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen. Photovoltaikanlagen auf Dächern sind häufig in baurechtlicher Hinsicht nicht problematisch, in vielen Fällen ist daher auch keine Baugenehmigung erforderlich.

Bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind hingegen in bauplanungsrechtlicher Hinsicht die verstärkt berührten Belange der Stadtentwicklung, des Landschaftsbilds und der Natur zu beachten. Um eine Handreichung für die Praxis zu geben und damit eine einheitliche Anwendung zu gewährleisten, befasste sich die Oberste Baubehörde bereits 2003 in Form eines Rundschreibens mit diesem Komplex. Inzwischen hat sowohl die Zahl als auch die Größe der Anlagen, für die Standorte gesucht werden, deutlich zugenommen. Dies war Anlass, das Rundschreiben zu überarbeiten und zu aktualisieren (im Internet unter: <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/baurecht/baurecht>; Rundschreiben »Freiflächen-Photovoltaikanlagen« vom 19. November 2009).

Generell gilt: Die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist ab 0,5 ha nur möglich, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Bebauungsplan aufstellt. Um jedoch eine Zerschneidung der Landschaft durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu verhindern, ist bei der Aufstellung des Bebauungsplans der Leitsatz zu beachten, dass Flächen für Photovoltaikanlagen nur in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten



ausgewiesen werden dürfen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass im Anschluss an die jeweilige Photovoltaikanlage noch eine Bebauung von einigem Gewicht, wie z. B. ein Gewerbegebiet, vorhanden sein muss. Von diesem Erfordernis kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, die im Rundschreiben näher erläutert werden.

Um darüber hinaus zu vermeiden, dass viele einzelne Photovoltaikanlagen verstreut über das Gemeindegebiet verteilt sind, wurde den Gemeinden empfohlen, sich im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts bereits vor der Aufstellung von Bebauungsplänen Gedanken darüber zu machen, ob, in welchem Umfang und an welcher Stelle sie Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellen will. Dabei ist erster Maßstab die städtebaulich sinnvolle Entwicklung der Gemeinde.

Mit dem Rundschreiben vom 19. November 2009 wird zum einen dem Anliegen der Förderung der erneuerbaren Energien, zum anderen aber auch den Belangen des Städtebaus, des Landschafts- und Naturschutzes sowie den Bedürfnissen der kommunalen Praxis Rechnung getragen.



Freiflächen-Photovoltaikanlage

Demographischer Wandel als wichtige Grundlage für Planungsentscheidungen Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung für Bayern.

Veränderung 2028 gegenüber 2008 in Prozent

- bis unter -7,5, stark abnehmend
- -7,5 bis unter -2,5, abnehmend
- -2,5 bis unter 2,5, stabil
- 2,5 bis unter 7,5, zunehmend
- 7,5 oder mehr, stark zunehmend



Alte Mainbrücke Würzburg



10 Jahre Initiative »Bayerische Innenstädte: attraktiv – lebenswert – unverwechselbar«

Seit 10 Jahren widmet sich die Oberste Baubehörde mit der Initiative »Bayerische Innenstädte: attraktiv – lebenswert – unverwechselbar« der Stärkung und Revitalisierung bayerischer Innenstädte und Ortszentren. Im Rahmen der Innenstadtinitiative wurden seit ihrem Start im Jahr 1999 zahlreiche landesweite und regionale Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Bei politischen Entscheidungsträgern wie auch bei den Vertretern von Wirtschaft und Handel finden die Veranstaltungen positives Echo. Durch gemeinsames Agieren konnten seither viele Probleme frühzeitig thematisiert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Stadt- und Ortszentren gewinnen nicht zuletzt wegen vielfältiger Infrastrukturen und kurzer Wege wieder als Wohnstandort an Attraktivität. Diese Vorzüge kommen allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere aber Familien mit Kindern, älteren Menschen und Menschen mit eingeschränkter

Mobilität zugute. Denn intakte Innenstädte und Ortszentren besitzen die nötige Flexibilität und können den unterschiedlichen Anforderungen des demographischen Wandels Genüge leisten. Die Stadt der kurzen Wege wird als Standortfaktor zunehmend wahrgenommen und geschätzt.

Die landesweite Veranstaltung am 25. Juni 2009 in Würzburg hatte das insbesondere für Stadtplanung und Siedlungsentwicklung grundlegende Thema »Bauen und demographischer Wandel«. Große Planungs- und Entwicklungszeiträume und die langfristige Bindung erheblicher kommunaler Finanzmittel machen es bei Planungsentscheidungen vor allem im Wohnungswesen sowie in der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung notwendig, sich die demographischen Szenarien bewusst zu machen. Hochrangige Experten diskutierten mit Staatssekretär Dr. Bernd Weiß und rund 100 Fachleuten aus Politik, Planung, Verwaltung und Wirtschaft die wesentlichen Aspekte der Thematik und zeigten Anpassungs- und Handlungsstrategien im Bauwesen (wie z. B. im Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit und der Infrastruktur) auf, um sich frühzeitig auf den demographischen Wandel vorzubereiten.

Weiterführende Informationen zur Innenstadtinitiative können unter <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/baurecht/staedtebau/07581> abgerufen werden.

Die Ausstellung »Energieeffizientes Planen und Bauen« trifft bei den zahlreichen Besuchern auf großes Interesse.



Ausstellung »Energieeffizientes Planen und Bauen«

Ca. 40 % der Energie verbrauchen wir für den Betrieb von Gebäuden, davon stammen mehr als 90 % aus nicht erneuerbaren Energiequellen. In Modellvorhaben, Forschungsprojekten und staatlichen Förderprogrammen zeigt die Oberste Baubehörde nachhaltige Umsetzungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Energie. Die Ausstellung »Energieeffizientes Planen und Bauen«, die von der Obersten Baubehörde in Zusammenarbeit mit der TU München, Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik Prof. Hausladen, konzipiert wurde, stellt eine Auswahl bayerischer Projekte dar. Viele davon wurden vom Freistaat Bayern verantwortet, initiiert oder fachlich und finanziell unterstützt.

Im Jahr 2009 eröffnete Herr Staatssekretär Dr. Bernd Weiß die Ausstellung am 11. Mai zusammen mit seinem schottischen Kollegen Stewart Stevenson im Waverly Gate Building in Edinburgh. Die Ausstellung stieß dort auf reges Interesse, zumal parallel eine Klimatagung mit Teilnehmern aus dem gesamten Commonwealth stattfand.

Auch im Rahmen der zweiten Bayerischen Klimawoche konnte die Ausstellung einem interessierten Publikum gezeigt werden. Am Montag, den 13. Juli 2009, wurde sie von Herrn Staatssekretär Dr. Bernd Weiß und dem Präsidenten der Bayerischen Architektenkammer Lutz Heese im Foyer des Hauses der Architektur in München eröffnet. Bei dem anschließenden »Architekturclub« diskutierten der Leiter der Obersten Baubehörde Josef Poxleitner, der Architekt Prof. Matthias Sauerbruch und der Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung Prof. Dr. Dr. Josef Radermacher unterschiedliche Aspekte des Klimaschutzes und Anpassungsstrategien an den Klimawandel.





Energieeinsparverordnung

Am 1. Oktober 2009 ist die Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) in Kraft getreten, mit der der Bund die energetischen Anforderungen sowohl an Neubauten als auch an Bestandsmodernisierungen deutlich heraufsetzt. Nicht zuletzt aus der Förderpraxis gewonnene Erfahrungen (Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Förderprogramm »Niedrigenergiehaus im Bestand«) hatten gezeigt, dass bei dem seit 2002 unverändert gültigen Anforderungsniveau der EnEV noch Spielräume für anspruchsvollere Vorgaben bestehen. Bayern hat sich im Bundesrat wirkungsvoll gegen überzogene bürokratische Anforderungen eingesetzt. So konnte z. B. eine Pflicht zur Kontrolle der nun bundesweit eingeführten Unternehmererklärungen abgewendet werden, ebenso wie Anerkennungsverfahren von Ausstellungsberechtigten für Energieausweise durch staatliche Stellen. Die EnEV 2009 verschärft die primärenergetischen Anforderungen um durchschnittlich 30 %, begründet im Baubestand einige zusätzliche Nachrüstpflichten und bewegt sich damit in Teilbereichen schon an der Grenze des noch Wirtschaftlichen.



Die EnEV 2009 sieht vor, dass Strom aus erneuerbaren Energien, der im Gebäude selbst genutzt wird, bei der Berechnung des Primärenergiebedarfs abgezogen werden kann.

Staatsminister Joachim Herrmann begrüßte zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis am 17. Juli 2009 im Erlanger Schloss rund 200 Teilnehmer zu der Tagung »Energieeinsparverordnung 2009: Bayern – Bund – Europa«. Bei der von der Obersten Baubehörde als 13. Beitrag der Initiative »Zukunft Bauen Bayern« zusammen mit dem Wirt-

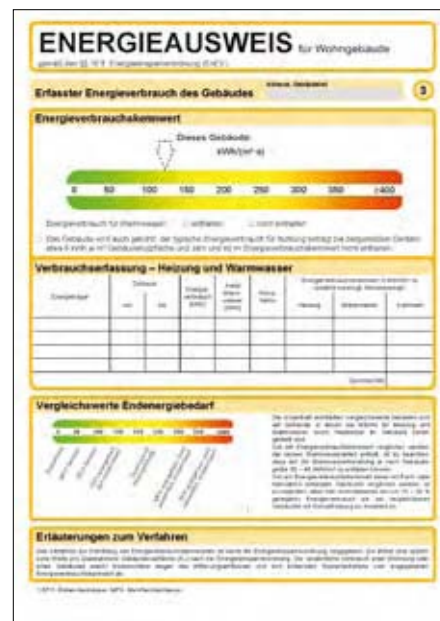
schaftsministerium durchgeführten Veranstaltung informierten Vertreter des Bundes und der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission über die Inhalte der EnEV 2009 und über den Entwurf der »Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden«, die deutlich über die EnEV 2009 hinausgehende Anforderungen stellen wird.



Umso aufmerksamer ist die weitere Entwicklung bei den geplanten Vorgaben der Europäischen Union zu beobachten. Im November 2009 haben sich die Mitgliedstaaten mit Kommission und Parlament über eine Neufassung der »Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden« verständigt, die umfangreiche Kontrollpflichten der Energieausweise sowie der Inspektionsberichte für Heizungs- und Klimaanlage vorsieht. Darüber hinaus sollen ab dem 31. Dezember 2020 alle Neubauten in Fast-Nullenergie-Standard errichtet werden – öffentliche Gebäude bereits ab dem 31. Dezember 2018. Bayern wird sich bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht weiterhin für technisch und wirtschaftlich machbare Lösungen und einen Vollzug ohne unnötige Bürokratie einsetzen.

Weitere Informationen zum Themenkreis »Gebäude und Energie« können im Internet unter www.innenministerium.bayern.de/bauen/themen/gebaeude-energie aufgerufen werden. Dort steht auch das Faltblatt »Energieeinsparverordnung 2009 – Neue Pflichten für Bauherren und Eigentümer« als download zur Verfügung.

Wenn der Eigentümer Daten für die Ausstellung eines Energieausweises bereit stellt – etwa den erfassten Energieverbrauch aus drei Jahren –, muss er auch dafür Sorge tragen, dass diese Daten richtig sind. Andernfalls handelt er nach der EnEV 2009 ordnungswidrig.



Studentisches Wohnen in den
neu errichteten »Bungalows« im
Olympiadorf in München





Wohnungswesen und Städtebauförderung

Wohnraum- und Städtebaufördermittel sind mit einem hohen Multiplikatoreffekt verbunden – es werden Folgeinvestitionen angestoßen, so dass der Gesamteffekt bis zum Achtfachen des eingesetzten Mittelvolumens umfasst. Von diesen Investitionen profitieren vor allem die mittelständischen Betriebe vor Ort. Das trägt zur strukturellen Verbesserung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

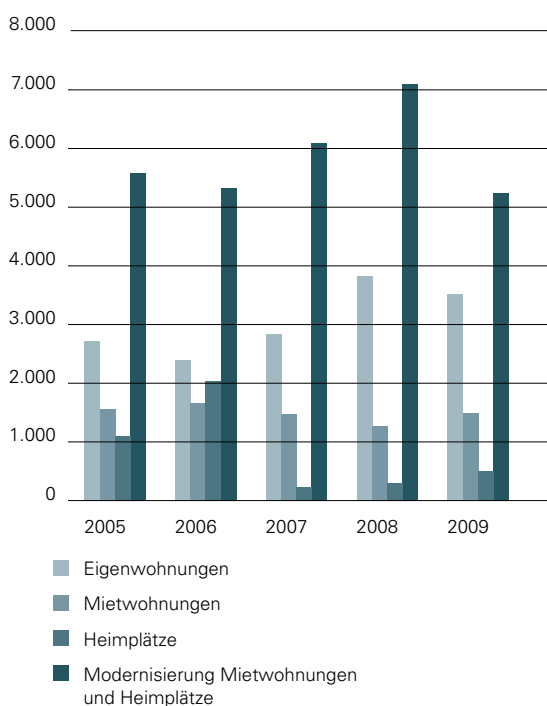
Wohnraumförderung

Für das Bayerische Wohnungsbauprogramm 2009 standen Haushaltsmittel in Höhe von 215 Millionen € zur Verfügung. Damit wurde der Bau von 1.453 Mietwohnungen sowie der Bau oder Kauf von 3.492 Eigenwohnungen mit staatlichen Mitteln gefördert. Für Menschen mit Behinderung und alte Menschen wurde der Bau von 485 Heimplätzen unterstützt.

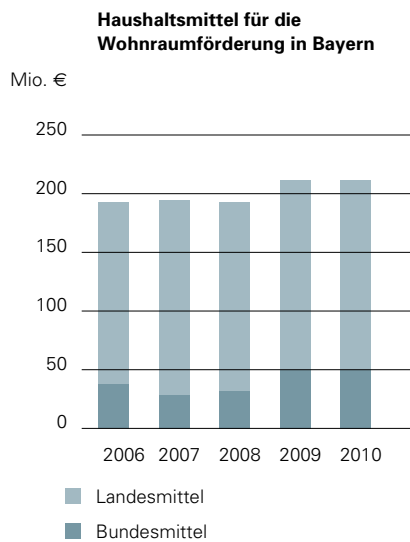
Ein Schwerpunkt der Förderung lag auch im Jahr 2009 auf der Schaffung von bezahlbarem Mietwohnraum insbesondere in Ballungsgebieten. Dort müssen weiterhin Wohnungen für Haushalte gebaut werden, die sich aus eigener Kraft nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können.

Im ländlichen Raum kam der Förderung von Eigenwohnraum ein besonderer Stellenwert zu. Eine regional gezielte Förderung des Wohneigentums ist ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten und somit ein maßgeblicher Haltefaktor zum Verbleib qualifizierter Fachkräfte und junger Familien in der Region oder Anreiz zu einer Rückwanderung.

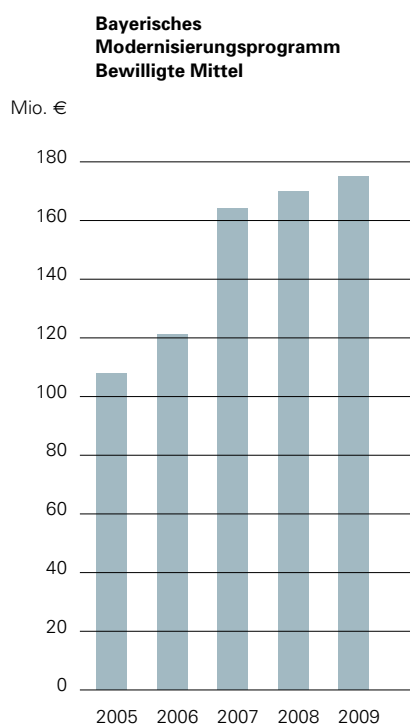
Fördermaßnahmen in der Miet-, Eigenwohnraum- und Modernisierungsförderung in Bayern



Studentisches Wohnen in den neu errichteten »Bungalows« im Olympiadorf in München



Mit der Studentenwohnraumförderung trägt der Freistaat zur Verbesserung der Wohnsituation Studierender bei. Beispielsweise wurde zur Entlastung des auch für Studierende in München schwierigen Wohnungsmarktes die Errichtung von 1.052 neuen, so genannten »Bungalows« im Olympiadorf unterstützt, von denen im Herbst 2009 die ersten bezogen werden konnten. Insgesamt standen in 2009 für den studentischen Wohnraumbau 24,5 Millionen € zur Verfügung.



Gegenüber dem Neubau gewinnt das Bauen im Bestand zunehmend an Bedeutung. Große Teile des Wohnungsbestandes sind nicht alters- und/oder klimagerecht. Sie müssen an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst und/oder energetisch modernisiert werden. 2009 wurden im Rahmen des Bayerischen Modernisierungsprogramms 4.859 Mietwohnungen und 386 Heimplätze gefördert.

Baubeginn war bei der Wohnanlage in der Albertus-Magnus-Straße in Ingolstadt, die sich durch einen hohen solaren Deckungsgrad der Wärmeversorgung auszeichnet.



Nach umfangreicher Sanierung wurde in einem historischen Gebäude in zentraler Innenstadtlage von Augsburg bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum mit großzügigen Gemeinschaftsflächen geschaffen.



Zukunft zeigen

Wohnungsbau jenseits der Routine zeigt der Experimentelle Wohnungsbau – ein Sonderformat der bayerischen Wohnraumförderung, in dem Zukunftsthemen identifiziert und im Rahmen von Pilotprojekten umgesetzt werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Modellvorhaben konzentrieren sich vor dem Hintergrund des Klimawandels und der demografischen Entwicklung auf zwei Fragen:

1. Wie kann der kostengünstige Wohnungsbau zum energieoptimierten Bauen beitragen?
2. Welche Konzepte eignen sich für ein Wohnen bis ins hohe Alter und für ein Leben mit Kindern?

Innovative Konzepte zur Reduzierung der CO₂-Emissionen werden im Modellvorhaben »Energieeffizienter Wohnungsbau« (e %) realisiert. Die zehn Pilotprojekte setzen auf erneuerbare Energien und unterschreiten die Anforderungen der Energieeinsparverordnung um etwa 40 %. Der Spatenstich für das erste Pilotprojekt erfolgte mit Herrn Staatsminister Herrmann im Herbst 2009.

Um das große Potenzial der energetischen Bestandssanierung zu aktivieren, wurde die Wanderausstellung »Modernisieren und Sparen neu gefasst. Sie war allein in der zweiten Jahreshälfte elf Mal in bayerischen Kommunen und Landratsämtern zu sehen.

Zum Handlungsfeld demografische Entwicklung setzt der bayerische Experimentelle Wohnungsbau auf zwei Handlungsstränge: einmal Konzepte, die das Altwerden in den eigenen vier Wänden ermöglichen, und zum anderen Wohnformen, die ein Leben mit Kindern erleichtern.

Im Jahr 2009 wurden sechs der insgesamt zwölf Modellprojekte aus dem Modellvorhaben »Wohnen in allen Lebensphasen« (WAL) fertig gestellt. Hier stehen Gesamtkonzepte im Mittelpunkt, bei denen innovative altengerechte Wohnformen kombiniert werden mit Maßnahmen der Nachbarschaftshilfe und der professionellen Unterstützung bei Bedarf. Ausgelobt wurde ein neues Modellvorhaben »Innerstädtische Wohnquartiere« (IQ), das mit einem kinderfreundlichen Ambiente die Familien zurück in die Stadt bringen soll. Vorbereitet wurde dieses neue Pilotprojekt mit dem »Wohnprojekttag Bayern« in der alten Kongresshalle München mit internationalen Referenten zum Thema familienfreundlicher Wohnungsbau. Die 350 Teilnehmer demonstrierten den hohen Stellenwert dieser gemeinsamen Veranstaltung von Oberster Baubehörde und Bayerischer Architektenkammer.

Am Wohnprojekttag Bayern 2009 referierten u. a. Staatsminister Joachim Herrmann, Prof. Dr. Hartmut Häußermann aus Berlin, Christian Lenzin aus Zürich, Peter Barber aus London und Nathalie de Vries (MVRDV) aus Amsterdam.



Der Neubau der Wohnanlage in Bamberg-Gaustadt zeichnet sich durch ein vielfältiges Wohnungsangebot und ein auf breiter Basis angelegtes Betreuungskonzept aus.

Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen

Bund, Länder und Kommunen schlossen 2009 erneut einen Investitionspakt zur energetischen Modernisierung der zum Teil dringend sanierungsbedürftigen Infrastruktur in den Gemeinden. Der Schwerpunkt lag auf der energetischen Modernisierung von Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und (Schul-)turnhallen. Es standen rund 47 Millionen € Bundes- und Landesmittel zur Verfügung.

Konjunkturpaket II

Zur Bewältigung der Konjunktur- und Wirtschaftskrise brachte der Bund mit dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz) vom 2. März 2009 ein zweites Konjunkturpaket auf den Weg. Das Konjunkturpaket II setzt den mit dem Investitionspakt eingeschlagenen Weg fort, stößt aber finanziell in völlig neue Dimensionen vor. Insgesamt 792 Millionen € Bundes- und Landesmittel werden im Rahmen dieses Programms für die energetische Sanierung von Gebäuden der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und überwiegend schulisch genutzte Sportstätten, Bildungs- und Begegnungseinrichtungen kommunaler Träger sowie kommunalen Verwaltungsgebäuden eingesetzt.

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 3. März 2009 legte die Bedingungen für die Förderung fest. Die Regierungen als Förderbehörden bewältigten in kurzer Zeit durch effektives Verfahrens- und Projektmanagement nicht nur die erste Stufe der Umsetzung des Konjunkturpakets II – die Auswahl der angemeldeten Projekte in die kommunalbezogenen Förderprogramme im Rahmen des Konjunkturpakets II –, sondern liegen auch beim förmlichen Förderverfahren, das den Antragsstellern die notwendige Rechtssicherheit verschafft, sehr gut in der Zeit.

So wurden bereits bis Ende 2009 mehr als 1.400 Bewilligungsbescheide mit einem Mittelvolumen von rund 730 Millionen € erteilt. Damit sind über 90 % der bereitgestellten Mittel gebunden. Das dadurch angestoßene Investitionsvolumen von rund 1,1 Milliarden € leistet einen nicht unerheblichen Beitrag zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.



Wohnumfeld in der Sozialen Stadt:
Uferpromenade an der Rednitz in Fürth



Neues Programm Städtebaulicher
Denkmalschutz: Beispiel Marktbreit/
Unterfranken

Finanzausstattung der Städtebauförderung

2009 standen für acht themenbezogene Programme der Städtebauförderung insgesamt 136 Millionen € Finanzhilfen zur Verfügung sowie 18 Millionen € an Sondermitteln aus dem Konjunkturpaket II.

Neues Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz

Dieses neue Programm unterstützte 2009 die Erneuerung denkmalgeschützter Ensemblebereiche und erhaltenswerter Ortskerne in 56 bayerischen Städten und Gemeinden mit 14,6 Millionen €. Ziel ist die Weiternutzung historischer und denkmalwerter Einzelgebäude sowie der Erhalt historischer Ortsstrukturen.

Leben findet Innenstadt – Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Mit dem 2008 gestarteten Programm führt die Oberste Baubehörde die erfolgreiche Initiative »Leben findet Innenstadt« fort, die von 13 Kooperationspartnern aus Wirtschaft und Fachverbänden unterstützt wird. Ziel des Programms ist das kooperative Zusammenwirken von kommunaler Seite, Immobilien- und Grundeigentümern, Gewerbetreibenden, Gastronomen, Kreditinstituten und Bürgern, um in den Zentren innovative Maßnahmen zur Standortstärkung umzusetzen sowie die Funktionsvielfalt und das Investitionsklima zu verbessern. Für 2009 standen für 47 Städte und Gemeinden 15,6 Millionen € staatliche Finanzhilfen zur Verfügung.

10 Jahre Gemeinschaftsinitiative »Soziale Stadt«

Anlässlich der Fachtagung zum zehnjährigen Programmjubiläum in Neumarkt i. d. Oberpfalz wurde das neue Arbeitsblatt 7 »Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern – Hinweise zur Programmdurchführung« veröffentlicht. 2009 standen den 75 Programmkommunen 25 Millionen € Finanzhilfen von Bund und Freistaat zur Verfügung, davon 3,6 Millionen € für die 2009 ausgelobte 2. Phase des Modellvorhabens Kooperationen.



Centrum Bavaria Bohemia (CeBB) im ehemaligen Kommunbräuhaus in Schönsee/Oberpfalz, Preisträger des Bayerischen Bauherrenpreises 2009

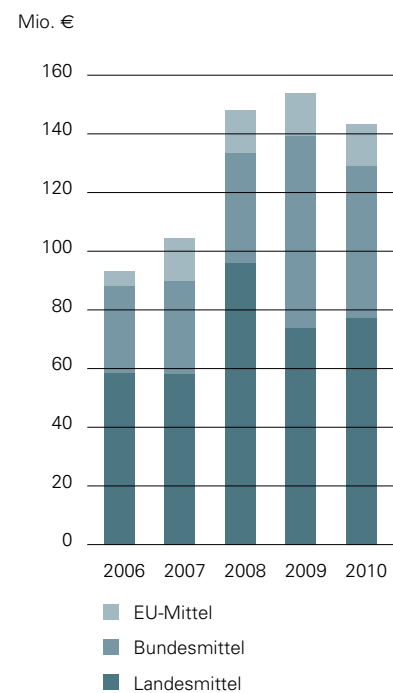
Bayerischer Bauherrenpreis Stadterneuerung 2009

Der Bayerische Bauherrenpreis 2009 stand unter dem Motto »Energieeffiziente Erneuerung.« Sechs modellhafte Beiträge zur Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Baukultur wurden mit dem Bayerischen Bauherrenpreis 2009 ausgezeichnet. Vier Projekte erhielten eine besondere Anerkennung und zwei eine lobende Erwähnung. Die Wettbewerbsergebnisse zeigen das breite Spektrum einer energetischen Erneuerung von städtebaulichen Energie-Konzepten bis zur energetischen Erneuerung von Einzelgebäuden. Seit September 2009 werden die Ergebnisse in einer Wanderausstellung der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Städtebauförderung stärkt den ländlichen Raum

Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die Regionen, die vom wirtschaftsstrukturellen und demographischen Wandel besonders betroffen sind (z. B. Nordostbayern). Gefördert werden vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Zentren und des Stadtumbaus einschließlich der Konversion von Militär- und Brachflächen. Insbesondere die Mittel des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms, der EU-Strukturfondsförderung und des Bund-Länder-Programms Städtebaulicher Denkmalschutz kommen zu einem sehr hohen Anteil dem ländlichen Raum zu Gute.

Haushaltsmittel für die Städtebauförderung in Bayern



Ersatzneubau der bis zu 70 Meter hohen und 660 Meter langen Haseltalbrücke im Vorgriff auf den durchgehenden sechsstreifigen Ausbau der Autobahn A 3 zwischen Aschaffenburg und Würzburg.

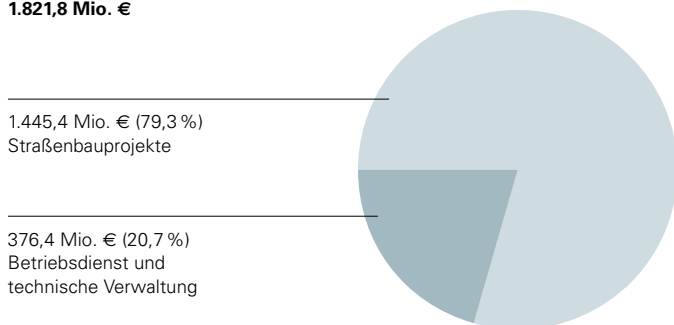




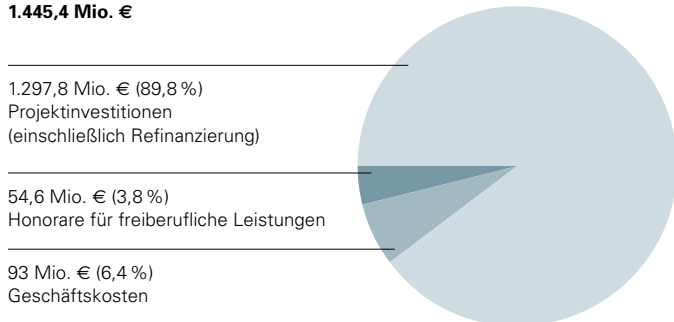
Straßenbau

Investitionen in leistungsfähige und sichere Straßen stützen in konjunkturellen Krisenzeiten die Bauwirtschaft und sichern Arbeitsplätze. Die verbesserte Verkehrsinfrastruktur schafft für Bayern eine gute Ausgangsposition für die weitere wirtschaftliche Erholung.

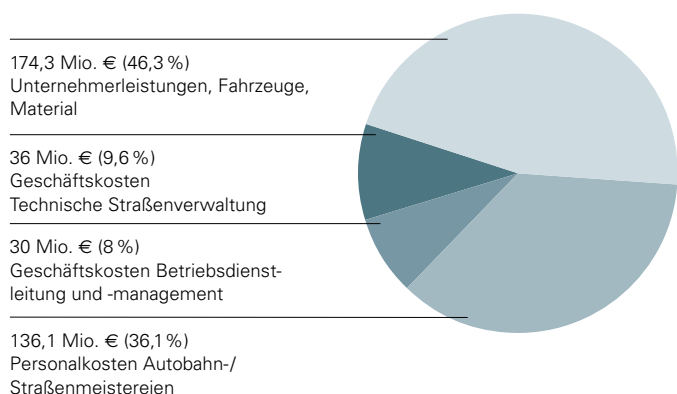
Gesamtvolumen 2009
1.821,8 Mio. €



Straßenbauprojekte 2009
1.445,4 Mio. €



Betriebsdienst und technische Straßenverwaltung 2009
376,4 Mio. €





Der letzte Lückenschluss der A7, der mit 962 km längsten Autobahn Deutschlands, erfolgte am 1. September 2009 mit der Verkehrsfreigabe des Streckenabschnitts zwischen Nesselwang und Füssen.

15 wichtige Fernstraßenprojekte in Bayern gingen 2009 in Bau; darunter auch der Neubau der A 94 im Abschnitt Heldenstein – Ampfing.



Leistungsbilanz 2009

Die Bayerische Straßenbauverwaltung gab im vergangenen Jahr 1,822 Milliarden € für die Planung, den Bau, den Betrieb und die Verwaltung der Bundesfern- und Staatsstraßen in Bayern aus. Mit 1,445 Milliarden € entfielen fast vier Fünftel dieser Summe auf die Planung und Realisierung von Straßenbauprojekten. 376 Millionen € haben wir für den Straßenbetriebsdienst und die technische Straßenverwaltung aufgewendet.

Die Bauinvestitionen in Bayerns Straßen, Brücken und Tunnel beliefen sich auf fast 1,3 Milliarden €. Um diese Bauleistung abzuwickeln und Planungen für künftige Straßenprojekte voranzubringen, haben wir für freiberufliche Leistungen sowie eigene Personal- und Sachkosten insgesamt 148 Millionen € aufgebracht.

Die Kosten des Betriebsdienstes einschließlich der Personalkosten der Autobahn- und Straßenmeistereien betragen 2009 rund 310 Millionen €. Für die Koordinierung und Steuerung des Betriebsdienstes sowie für Dienstleistungen im Rahmen der technischen Straßenverwaltung fielen weitere Personal- und Sachkosten in Höhe von 66 Millionen € an.

Konjunkturprogramm

Für den Fernstraßenbau stand 2009 mit bundesweit rund 7,3 Milliarden € eine außergewöhnlich gute Finanzausstattung zur Verfügung. Wesentlichen Anteil daran hatten die zusätzlichen Einnahmen aus der erhöhten Lkw-Maut, das Arbeitsplatzprogramm Bauen und Verkehr (Konjunkturpaket I) und das Konjunkturpaket II. In Bayern konnten wir deshalb 2009 einen Rekordhaushalt von 1,24 Milliarden € für die Bundesfernstraßen verzeichnen; gut 20 % über dem bisherigen Spitzenwert. Das Bundesverkehrsministerium gab »grünes Licht« für die Baubeginne von insgesamt 15 großen Projekten wie beispielsweise den Neubau der A 94 im Abschnitt Heldenstein – Ampfing, der B 15 neu im Abschnitt Neufahrn – Ergoldsbach und von acht Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen.

Die zusätzlichen Finanzmittel für den Um- und Ausbau und die Bestandserhaltung der Bundesfernstraßen sollten der Bauwirtschaft möglichst rasch zur Umsetzung bereitgestellt werden. Die Bayerische Straßenbauverwaltung hat dazu ein internes Beschleunigungsprogramm initiiert. Baumaßnahmen, die bis Ende April 2009 begonnen wurden, genossen Vorrang bei der Zuteilung der Ausgabemittel. Dieser besondere Anreiz zeigte Wirkung: Die Autobahndirektionen und Staatlichen Bauämter in Bayern hatten bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ein Investitionsvolumen von rund 360 Millionen € angestoßen.



2009 konnten viele dringend notwendige Fahrbahnanierungen wie hier bei Maierhöfen im Oberallgäu realisiert werden. Dennoch gibt es bei der Bestandserhaltung der Staatsstraßen in Bayern einen großen Nachholbedarf.

Um die Lärmbelastung für die Bürger von Waldaschaff zu verringern wird die A 3 im Rahmen des sechsstreifigen Ausbaus verlegt und die »Kauppenbrücke« neu errichtet.



Im Staatsstraßenbau konnten wir 2009 vor allem wegen der zusätzlichen Mittel aus dem Konjunkturpaket II mit 229 Millionen € ebenfalls einen Rekordhaushalt verbuchen. Der Schwerpunkt der Investitionen lag bei der Bestandserhaltung, weil hier einerseits vieles nachzuholen ist, andererseits aber auch, wegen des kurzen Planungsvorlaufs, Baumaßnahmen besonders rasch umgesetzt werden können. Die Mittelverteilung auf die bayerischen Regierungsbezirke erfolgte nach den bewährten regionalen Schlüssel.

A 3 Aschaffenburg – Würzburg

Ein Schwerpunkt der Bauaktivitäten des Jahres 2009 war der sechsstreifige Ausbau der A 3 zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried. Die Ausbaubereiche zwischen den Anschlussstellen Aschaffenburg und Aschaffenburg-Ost sowie zwischen dem Autobahndreieck Würzburg-West und Würzburg-Heidingsfeld mit zusammen 13 km Länge

und rund 100 Millionen € Baukosten wurden fertig gestellt. Dank des Konjunkturprogramms konnten wir drei Ausbaubereiche der A 3 beginnen:

- Hösbach – Kauppenbrücke (7,3 km; 75 Millionen €)
- Landesgrenze BW/By – Autobahndreieck Würzburg-West (13,3 km; 87 Millionen €)
- Würzburg/Randersacker – Autobahnkreuz Biebelried (9,7 km; 82 Millionen €)

Die beiden erstgenannten Abschnitte werden bis Ende 2011, der dritte Abschnitt bis Ende 2012 fertig gestellt sein.

Große Baufortschritte machte im letzten Jahr der Neubau der 540 Meter langen Mainbrücke Randersacker. Nach dem Neubau des nördlichen Teilbauwerks wurde Anfang 2009 die alte Autobahnbrücke abgebrochen. Derzeit laufen die Bauarbeiten für das südliche Teilbauwerk. Mitte 2011 wird die neue Brücke vollständig fertig sein.

Insgesamt ist jetzt rund ein Viertel der knapp 100 km langen Autobahn A 3 zwischen der Grenze zu Hessen und dem Autobahnkreuz Biebelried sechsstreifig befahrbar. Von der restlichen Strecke ist fast die Hälfte in Bau.



Nach Fertigstellung des neuen nördlichen Überbaus der Mainbrücke Randersacker und dem Abbruch der alten Brücke laufen nun die Bauarbeiten am südlichen Teilbauwerk.



Verbesserter Lärmschutz an Straßen

Der Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm hat wegen des starken Verkehrswachstums in den vergangenen Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen. Besonders der nachträgliche Lärmschutz an bestehenden Straßen – die so genannte Lärmsanierung – rückt zunehmend in den Fokus, weil dort das Schutzniveau für die Anwohner deutlich geringer ist als bei neuen oder neu ausgebauten Verkehrswegen. Staatsminister Herrmann hat im Juli 2009 in einem Schreiben an Bundesminister Tiefensee gefordert, die Lärmsanierungsgrenzwerte deutlich spürbar um 5 dB(A) abzusenken. Etwa einen Monat später verabschiedete der Bund das »Nationale Verkehrslärmschutzpaket II«. Die danach angestrebte Senkung der Grenzwerte um 3 dB(A) bleibt zwar deutlich hinter der bayerischen Forderung zurück, ist aber dennoch ein wichtiger Schritt zu einem verbesserten Schutz für die Bürgerinnen und Bürger. Der Spielraum für nachträgliche Lärmschutzmaßnahmen an hochbelasteten Straßen wird größer.

Daneben fördert die Bayerische Straßenbauverwaltung die Weiterentwicklung baulicher Maßnahmen, die den Lärm dort reduzieren, wo er entsteht: Auf der Fahrbahn. Wir haben bereits 2005 einen kostengünstigen lärmoptimierten Splittmastixbelag mit einer dauerhaften Lärmreduzierung von 4 dB(A) konzipiert und auf einigen schnell befahrenen Straßen eingesetzt. Auch auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen haben wir Versuchsstrecken mit lärmoptimierten Asphalt- oder Dünnenschichtbelägen eingerichtet, die ähnlich hohe Lärminderungen bewirken. An Lärmbrennpunkten kommt der Einsatz offenerporiger Asphaltdeckschichten, in der Öffentlichkeit häufig auch »Flüsterasphalt« genannt, in Frage. In Bayern sind derzeit rund 160 Kilometer Fahrbahn mit diesen Belägen ausgestattet. Offenerporige Asphalte können dauerhafte Lärminderungen von 5 dB(A) auch bei hohem Lkw-Aufkommen bewirken. Allerdings sind sie wegen der deutlich höheren Kosten und der bautechnischen Besonderheiten nur in relativ engen Grenzen einsetzbar.

Einbau von Offenporigem Asphalt –
in geeigneten Fällen ist eine dauerhaft
hohe Lärminderung von 5 dB(A)
auch bei starkem LKW-Verkehr möglich.



Der weitere Ausbau des Radwegesetzes an stark befahrenen Straßenverbindungen ist eine wichtige gemeinsame Aufgabe des Straßenbaulastträgers und der Kommunen.



Radverkehr in Bayern

Der Radverkehr ist integraler Bestandteil bayerischer Verkehrspolitik und genießt bei der Bayerischen Straßenbauverwaltung einen hohen Stellenwert. Schon seit Anfang der 1980er Jahre haben wir Programme für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen und Staatsstraßen aufgestellt, jährlich fortgeschrieben und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt. Etwa 7.000 Kilometer Radwege gibt es inzwischen entlang der Bundes- und Staatsstraßen in Bayern.

2009 wurde ein neues Finanzierungsprogramm für den nachträglichen Anbau von Radwegen an Staatsstraßen aufgestellt. Es umfasst 158 Radwegprojekte mit einer Gesamtlänge von rund 260 km, die wir in den Jahren 2009 bis 2013 verwirklichen wollen. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt 46,5 Millionen €, wovon der Freistaat Bayern gut 40 Millionen €

trägt. Am 2. April 2009 hat der Bayerische Landtag außerdem beschlossen, das bestehende Programm »Staatsstraßen in gemeindlicher Sonderbaulast« auf die Förderung von unselbstständigen Radwegen entlang von Staatsstraßen zu erweitern. Damit ist den Kommunen eine weitere Finanzierungsmöglichkeit für den Bau von Radwegen eröffnet.

Wer in seiner Freizeit Rad fährt, kennt das »Bayernnetz für Radler«. Es besteht aus verkehrssicheren und familiengerechten Fernradwegen, die einheitlichen Qualitätskriterien genügen. Das Netz umfasst mittlerweile 116 Fernradwege mit rund 8.700 Kilometer Länge. Seit 1997 gibt die Bayerische Staatsregierung eine eigene Karte heraus. Im Februar 2009 ist bereits die 7. Auflage mit rund 2,8 Millionen Exemplaren erschienen.

Die Qualität der Beschilderung ist wichtig für die Akzeptanz und Verkehrssicherheit von Radwegen. Die Bayerische Straßenbauverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 die gesamte Beschilderung der Radwege an Bundes- und Staatsstraßen zu überprüfen und – soweit erforderlich – nach einheitlichen Gestaltungsvorgaben zu ergänzen. Das staatliche Beschilderungssystem kann dann auch als Vorbild für Radwege in kommunaler Baulast dienen.



Ziel: Einheitliche wegweisende Beschilderung von Radwegen in Bayern.

Neubau der Autobahnbrücke über den Main-Donau-Kanal im Zuge des sechsstreifigen Ausbaus der A 6 zwischen der Anschlussstelle Roth und dem Autobahnkreuz Nürnberg-Süd; Fertigstellung 2011 geplant



Ausblick 2010

Wichtig ist es jetzt, auch über die Laufzeit der Konjunkturprogramme hinaus ein hohes Finanzniveau im Straßenbau zu sichern. Für 2010 rechnen wir im Bundesfernstraßenbau in Bayern mit einer ersten Zuweisung in Höhe von rund 900 Millionen €. Auch wenn im Laufe des Jahres dieser Ansatz noch aufgestockt werden sollte, werden wir am Jahresende wohl deutlich unter dem Niveau des Jahres 2009 abschließen. Auch für den Staatsstraßenbau ist zu befürchten, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung zu Lasten wichtiger Bau- und Erhaltungsinvestitionen gehen wird.

Längste Photovoltaikanlage der Welt:
Auf dem Dach der Lärmschutzein-
hausung der Autobahn A 3 in Hösbach
sorgt ein 2,6 Megawatt-Solarkraftwerk
mit 13.500 Photovoltaik-Modulen für
die sinnvolle Nutzung der neu entstan-
denen Freifläche. Die 2,7 Kilometer
lange Anlage deckt umweltfreundlich
den Strombedarf von 650 Vier-Personen-
Haushalten.





Zahlen und Daten

Bauvolumen

Bauvolumen 2009 (Millionen €)

		Ist-Ausgaben ¹	davon Mittel des Bundes und der EU	Ist-Bewilligungen	Erzieltes Bauvolumen ²
1. Staatliche Baumaßnahmen und sonstige durch die Staatsbauverwaltung ausgeführte Baumaßnahmen					
Hochbau	Staatlicher Hochbau	880	123	0	880
	Hochbau Bund	584	584	0	584
	Hochbau für Dritte ³	41	0	0	41
	Zwischensumme	1.505	707	0	1.505
Straßen- und Brückenbau	Staatsstraßen	353	61	0	353
	Bundesfernstraßen	1.242	1.242	0	1.242
	Kreisstraßen und sonst. Betreuungsstraßen ³	40	0	0	40
	Zwischensumme	1.635	1.303	0	1.635
Summe 1		3.140	2.010	0	3.140
2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen					
Wohnungs-/ Städtebau	Wohnungsbau, 1. + 2. Förderweg	3	2	0	0
	Wohnraumförderung	128	56	244	823
	Studentenwohnraumbau	16	0	21	53
	Städtebau	121	55	154	249
	Experimenteller Städtebau	14	7	47	71
	Energetische Sanierung sozialer Infrastruktur	49	42	790	1.185
	Zwischensumme	331	162	1.316	2.381
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau ⁴	161	131	161	307
	Ortsumfahrungen ⁵	16	0	16	21
	Zwischensumme	177	131	177	328
Summe 2		508	293	1.493	2.709
Summe 1 + 2		3.648	2.303	1.493	5.849
3. Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen als fachlich zuständige Verwaltung ⁶					
Hochbau	Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Schul- und Breitensportanlagen				2.407
Zuwendungsbaumaßnahmen des Bundes	Wohnungsfürsorge des Bundes				118
Straßenbau	Kommunaler Straßenbau ⁷				242
	Öffentlicher Personennahverkehr (U- und S-Bahnen) ⁸				101
	Summe 3				2.868
Summe 1 + 2 + 3					8.717

1 Bei den Förderungsmaßnahmen (Ziffer 2) setzen sich die Ist-Ausgaben in der Regel aus Teilbeträgen für mehrere Programmjahre zusammen.

2 Das erzielte Bauvolumen ist für Ziffer 1 (staatliche Baumaßnahmen etc.) identisch mit den Ist-Ausgaben.

Für Ziffer 2 (Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen) ergibt sich das erzielte (geförderte) Bauvolumen aus den Ist-Bewilligungen und aus den Leistungen der Zuwendungsempfänger.

3 Nur soweit sie in der Betreuung der Staatsbauverwaltung stehen.

4 Förderung mit Mitteln nach § 2 BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).

5 Staatliche Zuweisungen zum Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen.

6 Mitwirkung nach Verwaltungsvorschrift Nr. 6 zu Art. 44 BayHO (Bayerische Haushaltsordnung) und Nrn. 2, 4 und 7 BayZBau (Baufachliche Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen) sowie den entsprechenden Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung.

7 Förderung mit FAG (Finanzausgleichsgesetz)-Mitteln.

8 Förderung mit FAG-Mitteln und Mitteln des BayGVFG (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).

Entwicklung des Bauvolumens von 1994 bis heute (Millionen €)

	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2009
1. Staatliche Baumaßnahmen und sonstige durch die Staatsbauverwaltung ausgeführte Baumaßnahmen	2.108	2.266	2.315	2.312	2.349	2.390	2.462	2.789	3.140
2. Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen	2.685	2.365	2.133	2.095	2.246	1.349	1.228	1.478	2.709
3. Mitwirkung bei der Förderung nichtstaatlicher Baumaßnahmen als fachlich zuständige technische Verwaltung	3.190	2.854	2.220	1.921	2.324	2.060	2.047	2.163	2.868
Summe	7.983	7.485	6.668	6.329	6.919	5.799	5.737	6.430	8.717

Stellenentwicklung 1995 – 2019

Die Zahlen für 1995 – 2009 sind den jeweiligen Haushaltsplänen des Einzelplans 03B entnommen.

1995	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009		2019
13.207	13.129	12.992	12.317	11.865	11.579	11.073	10.851	...	10.084

Personalstruktur nach Altersgruppen und Geschlecht

Stand 1. Januar 2010

	Männer		Frauen		Summe	
1944 – 1949 (60 – 65jährige)	769	10 %	163	6 %	932	9 %
1950 – 1954 (55 – 59jährige)	1.170	15 %	308	12 %	1.478	14 %
1955 – 1959 (50 – 54jährige)	1.384	18 %	366	14 %	1.750	17 %
1960 – 1964 (45 – 49jährige)	1.520	19 %	471	19 %	1.991	19 %
1965 – 1969 (40 – 44jährige)	1.224	16 %	456	18 %	1.680	16 %
1970 – 1974 (35 – 39jährige)	751	10 %	309	12 %	1.060	10 %
1975 – 1979 (30 – 34jährige)	489	6 %	200	8 %	689	7 %
1980 – 1984 (25 – 29jährige)	280	4 %	142	6 %	422	4 %
1985 – 1989 (20 – 24jährige)	182	2 %	68	3 %	250	2 %
1990 – 1994 (15 – 19jährige)	116	1 %	44	2 %	160	2 %
Summe	7.885	100 %	2.527	100 %	10.412	100 %
	76 %		24 %		100 %	

Beschäftigte nach Verwaltungsebene

(Stand 1. Januar 2010)

	Beamte	Tarifbeschäftigte	Anwärter	Summe	männlich	weiblich
Oberste Baubehörde	247	102		349	209	140
Autobahndirektionen	285	1.061		1.346	919	427
Regierungen	141	11	29	181	120	61
Baudienststellen	12	21		33	28	5
Staatliche Bauämter	1.355	3.550	116	5.021	3.248	1.773
Autobahnmeistereien	72	1.087		1.159	1.121	38
Straßenmeistereien	63	2.260		2.323	2.240	83
Summe	2.175	8.092	145	10.412	7.885	2.527

Bauausgaben und Baunebenkosten im Staatlichen Hochbau ¹

	Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Gesamt €
Bund				
Bauausgaben	72.151.028	120.301.684	282.705.196	475.157.908
Baunebenkosten ²				70.988.640
Dritte (Bund) ³				
Bauausgaben	13.060.067	8.396.351	13.921.410	35.377.828
Baunebenkosten ²				2.691.675
	85.211.095	128.698.035	296.626.606	584.216.050
Land				
Gesamtausgaben ⁴	209.197.824	102.079.273	568.659.091	879.936.188
Dritte (Land) ⁵				
Gesamtausgaben ⁴	17.170.241	12.672.806	11.093.811	40.936.858
	226.368.064	114.752.079	579.752.902	920.873.046
Bund + Land	311.579.159	243.540.114	876.379.508	1.505.089.096

1 Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Baunebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bauausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.

2 Im Wesentlichen Kosten der Planung und Bauleitung

3 z. B. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

4 Einschließlich der Baunebenkosten, soweit diese nach Haushaltsrecht zum Bautitel gehören.

5 z. B. Kurverwaltungen, Öffentlich-Rechtliche Stiftungen

Bauausgaben ¹ im Staatlichen Hochbau 2009 nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Bauunterhalt	Kleine Baumaßnahmen (bis 1 Mio. €)	Große Baumaßnahmen (über 1 Mio. €)	Bauausgaben Bund/ Land gesamt, €
Oberbayern	140.194.398	92.812.570	320.338.909	553.345.877
Niederbayern	17.455.624	14.141.280	44.706.496	76.303.400
Oberpfalz	41.555.132	31.305.568	194.321.509	267.182.209
Oberfranken	22.802.634	15.383.376	40.177.785	78.363.796
Mittelfranken	29.817.445	25.902.537	136.649.449	192.369.431
Unterfranken	34.964.327	41.240.721	135.507.917	211.712.965
Schwaben	24.789.600	22.664.062	78.357.757	125.811.419
Summe	211.579.159	243.450.114	950.059.822	1.505.089.096

1 einschließlich der Baunebenkosten

Bauausgaben und Kostenstruktur im Staatlichen Hochbau ¹

	2008		2009	
	€	%	€	%
Große ² und Kleine Hochbaumaßnahmen				
Bauausgaben	980.500.000	84 %	1.014.200.000	82 %
Honorare der Architekten und Ingenieure	110.700.000	9 %	138.800.000	11 %
Personalkosten der Bauämter	68.300.000	6 %	75.100.000	6 %
Interne Sachkosten	10.900.000	1 %	12.000.000	1 %
	1.170.400.000	100 %	1.240.100.000	100 %
Bauunterhalt ³				
Bauausgaben	262.900.000	82 %	296.200.000	84 %
Honorare der Architekten und Ingenieure	12.000.000	4 %	17.900.000	5 %
Personalkosten der Bauämter	39.900.000	12 %	34.600.000	10 %
Interne Sachkosten	6.400.000	2 %	5.500.000	2 %
	321.200.000	100 %	354.200.000	100 %
Gesamt				
Große ² und Kleine Hochbaumaßnahmen	1.170.400.000	77 %	1.240.100.000	76 %
Bauunterhalt ³	321.200.000	21 %	354.200.000	22 %
Sonstige Kosten ⁴	34.600.000	2 %	33.600.000	2 %
Summe	1.526.200.000	100 %	1.627.900.000	100 %

1 Die Werte in dieser Tabelle sind wegen der unterschiedlichen Zuordnung und Gliederung der Baunebenkosten nicht direkt mit der Tabelle »Bauausgaben und Baunebenkosten im Staatlichen Hochbau« vergleichbar.

2 Mit Gesamtkosten von über 1 Mio. €.

3 Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten

4 Kosten von Tätigkeiten, die nicht direkt mit Baumaßnahmen zusammenhängen: z. B. Baufachliche Liegenschaftsbetreuung und Projektentwicklung, Allgemeine Baufachliche Angelegenheiten (Wertermittlungen, Mitwirkung bei Zuwendungsbaumaßnahmen u. a.)

Vergabefälle im Staatlichen Hochbau 2009

(ohne Vergaben an freiberuflich tätige Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute)

Vergabeart	Nach VOB/A			Nach VOL/A			Summe
	Land	Bund	Gesamt	Land	Bund	Gesamt	
I. Aufträge ab 10.000 €							
unterhalb des EU-Schwellenwertes sowie NATO und Gaststreitkräfte							
Öffentliche Ausschreibung	749	752	1.501	4	11	15	1.516
Beschränkte Ausschreibung	2.114	1.793	3.907	20	11	31	3.938
Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb	15	4	19	0	0	0	19
Freihändige Vergabe nach Aufhebung	70	55	125	3	1	4	129
Freihändige Vergabe mit formloser Angebotsbeziehung	1.538	674	2.212	70	10	80	2.292
Freihändige Vergabe ohne Wettbewerb	706	189	895	61	18	79	974
NATO-ICB-Verfahren	0	22	22	0	1	1	23
Summe 1	5.192	3.489	8.681	158	52	210	8.891
oberhalb des EU-Schwellenwertes							
Offenes Verfahren	501	61	562	4	1	5	567
Nichtoffenes Verfahren	8	1	9	1	0	1	10
Verhandlungsverfahren	12	1	13	0	0	0	13
Summe 2	521	63	584	5	1	6	590
II. Aufträge unter 10.000 €							
< 5.000 €	44.691	10.122	54.813	4.826	714	5.540	60.353
5.000 € bis 10.000 €	10.183	1.711	11.894	2.904	59	2.963	14.857
Summe 3	54.874	11.833	66.707	7.730	773	8.503	75.210
Gesamtsumme (Summe 1 + 2 + 3)	60.587	15.385	75.972	7.893	826	8.719	84.691

2009 neu begonnene Projekte des Staatlichen Hochbaus (> 5 Mio. €)

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Ingolstadt	
Finanzamt Ingolstadt, Esplanade 38; Brandschutz und Sanierungsmaßnahmen	5,7
Gabrieli-Gymnasium Eichstätt; Generalsanierung 3. Bauabschnitt, Teilaufstockung und Neubau Turnhalle	6,5
Flugplatz Manching; Sanierung der Start- und Landebahn Süd	34,9
Flugplatz Manching; Sanierung Halle 213	9,4
Staatliches Bauamt München 1	
Justizpalast München Prielmayerstraße; Brandschutz und Sanierung	19,0
Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum Süd; Sanierung Dienstgebäude St.-Martin-Straße 47	45,8
Polizeipräsidium München; Sanierung Löwengrube, Ettstraße 2–4	28,1
Staatliches Bauamt München 2	
Klinikum der Universität München Großhadern; Erneuerung einer Notstromersatzanlage	15,2
Klinikum der Universität München Großhadern; Umbau, Sanierung und Erweiterung der Fernwärme- und Dampfversorgung	31,6
Klinikum der Universität München Großhadern; Sanierung der Aufzugsanlagen	16,2
Klinikum der Universität München Großhadern; Modernisierung des Bettenhauses, 1. Bauabschnitt, 1. Teilbaumaßnahme: Anbindung an das OPZ	13,7
FHS München; Sanierung und Anpassung des Gebäudes E an der Dachauer Straße 98b	21,4
TU München; Sanierung des Gebäudes des Instituts für Radiochemie	26,5
TU München; Sanierungs-, Anpassungs-, Brandschutz- und Energiesparmaßnahmen auf dem Stammgelände im Gebäude 0505 – Bereich des ehemaligen Maschinenbaus	28,0
Bayer. Akademie der Wissenschaften München; Erweiterungsbau für das Leibniz-Rechenzentrum als Zentrum für Supercomputing	49,2
Staatliches Bauamt Traunstein	
Jägerkaserne Bischofswiesen; Neubau Wirtschaftsgebäude	5,9
Staatliches Bauamt Weilheim	
Finanzamt Garmisch-Partenkirchen; Neubau	13,3
Staatliches Bauamt Amberg-Weilheim	
Finanzamt Waldsassen; Grundlegende Sanierung Basilikaplatz und Johannisplatz	7,0
JVA Amberg; Infrastrukturmaßnahme	8,1
Staatliches Bauamt Regensburg	
Klinikum der Universität Regensburg; Sanierung der Zahn-, Mund- und Kieferklinik	20,7

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Bamberg	
JVA Ebrach; Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	6,4
Universität Bamberg; Neubau Institutsgebäude mit Ausbau der Tiefgarage auf dem sogenannten Markusgelände	7,1
Universität Bamberg; Neubau eines Verfügungsgebäudes auf dem sogenannten Markusgelände	7,5
FHS Coburg; Neubau von Hörsälen mit Sanierung des Gebäudes 1	16,2
Erzbischöfliches Ordinariat Bamberg; Generalsanierung	5,4
Staatliches Bauamt Bayreuth	
Universität Bayreuth; Erweiterung des Gebäudes der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät	18,2
Gymnasium Pegnitz, Generalsanierung 2. Bauabschnitt	11,1
Staatliches Bauamt Erlangen-Nürnberg	
Universität Erlangen-Nürnberg; Umbau und Sanierung der Orangerie für die Institute Kirchenmusik und Kunstgeschichte	6,5
Universität Erlangen-Nürnberg; Neubau eines Chemikums und Errichtung eines Mehrzweckgebäudes für die naturwissenschaftlichen Fakultäten	80,0
Universität Erlangen-Nürnberg; Neubau für die Fächer Mathematik und Informatik	46,5
Staatliches Bauamt Schweinfurt	
FHS Würzburg-Schweinfurt; Sanierung 2. Bauabschnitt (Kompetenzzentrum)	13,5
Staatliches Bauamt Würzburg	
Bayer. Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, Veitshöchheim; Neubau Labor- und Betriebsgebäude	20,3
FHS Würzburg-Schweinfurt; Neubau Ausbildungseinrichtung Gestaltung und Technik	27,0
Universität Würzburg; Neubau zentrales Praktikumsgebäude	11,5
Universität Würzburg; Universitätsgebäude am Wittelsbacherplatz, Ausbau des Theaterraktes für die Teilbibliothek	14,2
Universität Würzburg; Sanierung der chemischen Institute 1. Teilbaumaßnahme	29,0
Universität Würzburg; Umbau und Erschließung von Gebäuden auf dem Leighton-Gelände zur Nachnutzung durch die Universität	28,5
Staatliches Bauamt Augsburg	
FHS Augsburg; Sanierung Gebäude E für die Fakultät Elektrotechnik	9,5
Universität Augsburg; Ausbau und Sanierung des hochschulinternen Rechnernetzes mit Brandschutzmaßnahmen	8,5
FHS Augsburg; Sanierung Gebäude C für die Fakultät Architektur und Bauingenieurwesen	8,0
FHS Augsburg; Neubau für die Fakultät Maschinenbau	15,6
Universität Augsburg; Neubau Gebäude für Kunst und Musik	19,7
Universität Augsburg; Sanierung der Zentralmensa	20,6
Staatliches Bauamt Kempten	
FHS Kempten; Ergänzungsbau für Technik und Sozialwesen	25,8

**2009 übergebene Projekte des Staatlichen Hochbaus
(> 5 Mio. €)**

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Freising	
TU München; Neubau Zentrum für Biowissenschaften Weihenstephan	17,6
Staatliches Bauamt Ingolstadt	
Pionierkaserne auf der Schanz Ingolstadt; Umbau und Sanierung Gebäude 19–23	11,3
Pionierkaserne auf der Schanz Ingolstadt; Außenanlagen und Erschließung	18,8
Pionierkaserne auf der Schanz Ingolstadt; Neubau Lehrsaalgebäude	13,5
Pionierübungsplatz Ingolstadt; Neubau Technischer Bereich Gebäude Pionierbataillon 8	6,2
Staatliches Bauamt München 1	
Bayer. Staatsministerium der Finanzen; Sanierung des Dienstgebäudes	10,2
Regierung von Oberbayern; Sanierung der Terrakottafassade	15,5
JVA Stadelheim, Stadelheimerstr. 4–6; Neubau Frauenabteilung, Jugendarrest, Verwaltung	28,3
Universität der Bundeswehr München-Neubiberg; Grundinstandsetzung Gebäude 33 Bauteil 300	17,5
Staatliches Bauamt München 2	
Klinikum rechts der Isar der TU München; Umstellung von Dampfheizungsanlagen auf Warmwasserheizung	10,6
Klinikum rechts der Isar der TU München; Sanierung der Frauen- und Poliklinik	6,4
Klinikum rechts der Isar der TU München; Brandschutz Teil C und Sanierung Hörsaalbereich	14,3
Universität München; Zentrale Einrichtungen für den Campus Martinsried (Mensa, Bibliothek, Kinderbetreuungseinrichtung, zentrale Tierhaltung)	12,3
Staatliches Bauamt Rosenheim	
Landespolizei Rosenheim; Neubau Polizeipräsidium mit Einsatzzentrale	9,4
Staatliches Bauamt Passau	
Landespolizei Straubing; Unterbringung Polizeipräsidium Niederbayern mit Einsatzzentrale	13,7
TU München; Neubau Wissenschaftszentrum im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe Straubing	17,5
Comenius-Gymnasium Deggendorf; 5. Bauabschnitt Erweiterung, Umbau und Instandsetzung	6,8
Baudienststelle Grafenwöhr	
Soldatenunterkünfte	47,3
Fahrzeugwartungseinrichtungen	44,8
Kompanieeinsatzgebäude	30,7
Umbau/Renovierung Brigadehauptquartier	5,9
Staatliches Bauamt Amberg-Sulzbach	
Max-Reger-Gymnasium; Sanierung des Altbaus mit Internat und Erweiterung 1. Bauabschnitt	6,6

	Gesamtkosten Mio. €
Staatliches Bauamt Regensburg	
Klinikum der Universität Regensburg; Errichtung Klinik und Poliklinik für Pädiatrie	18,5
Landespolizei Regensburg; Unterbringung von Dienststellen mit Einsatzzentrale in der Raffler-Kaserne in Regensburg	12,7
Staatliches Bauamt Bamberg	
Universität Bamberg; Neubau der Mensa an der Feldkirchnerstraße	7,6
Staatliches Bauamt Bayreuth	
Landespolizei Bayreuth; Generalsanierung von Dienstgebäuden, Einsatzzentrale mit Ergänzungsräumen	8,2
Gymnasium Pegnitz; Generalsanierung 1. Bauabschnitt	5,1
Staatliches Bauamt Ansbach	
Finanzamt Uffenheim; Umbau und Instandsetzung	9,6
FHS Weihenstephan – Außenstelle Triesdorf; Neubau für die Studiengänge Ernährung, Versorgungsmanagement, Regionalentwicklung	10,3
Staatliches Bauamt Nürnberg	
Finanzamt Hersbruck; Neubau Dienstgebäude Ambergerstraße	12,5
Heeresflugplatz Roth; Simulatorgebäude	14,9
Heeresflugplatz Roth; Aufbau IT- und FM-Leitungsnetz	7,9
Heeresflugplatz Roth; Sanierung Abwasserentsorgung Teil I und II	8,9
Staatliches Bauamt Würzburg	
Klinikum der Universität Würzburg; Neubau Zentrum für Innere Medizin	168,0
Klinikum der Universität Würzburg; Errichtung eines Kälteaggregatsgebäudes	16,2
Universität Würzburg; Errichtung eines Funktionstraktes für die Chemie 1. Bauabschnitt Neubau	22,0
Universität Würzburg; Nachnutzung Gebäude 4–7 im ehemaligen Luitpoldkrankenhaus für Zwecke der Medizinischen Fakultät	77,8
Balthasar-Neumann-Kaserne Veitshöchheim; Sanierung Abwasserkanäle	8,5
Staatliches Bauamt Augsburg	
Landesamt für Finanzen, Dienststelle Augsburg; Instandsetzung Dienstgebäude Peutingen Straße 25	5,8
Universität Augsburg; Neubau Angewandte Informatik	18,4
Universität Augsburg; Neubau Finanzwirtschaftsinformatik und Zentrum für Weiterbildung und Wissenstransfer	6,7
Staatliches Bauamt Krumbach	
Amtsgericht Neu-Ulm; Erweiterung Schützenstraße, 1. Teilbaumaßnahme	5,3

Wohnungswesen und Städtebauförderung

Haushaltsmittel für die Wohraumförderung in Bayern (Mio. €)

	2006	2007	2008	2009	2010
Landesmittel	155,0	165,0	160,5	165,0	165,0
Bundesmittel	38,5	30,0	33,0	50,0	50,0
Summe	193,5	195,0	193,5	215,0	215,0

Bayerisches Modernisierungsprogramm (Mio. €)

	2005	2006	2007	2008	2009
Bewilligte Mittel	107,7	121,5	165,1	168,7	175,6

Fördermaßnahmen in der Miet-, Eigenwohnraum- und Modernisierungsförderung in Bayern

	2005	2006	2007	2008	2009
Eigenwohnungen	2687	2387	2846	3777	3492
Mietwohnungen	1583	1660	1435	1258	1453
Heimplätze	1113	2005	268	392	485
Mietwohnungen Modernisierung	5669	5303	6135	7075	5245

Wohnungsbaugenehmigungen und Wohnungsbaufertigstellungen in Bayern nach Gebäudeart

	Gebäudetyp	Wohnungsbaugenehmigungen			Wohnungsbaufertigstellungen		
		Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl je 1.000 Einw.	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl je 1.000 Einw.
2005	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	25.537	-21,5	2,1	27.527	-16,8	2,2
	Neue Mehrfamilienhäuser	17.717	0,4	1,4	14.505	-21,6	1,2
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	5.793	-10,1	0,5	5.512	-8,6	0,4
	Neue Nichtwohngebäude	665	-38,8	0,1	732	-14,7	0,1
	Summe	49.712	-13,9	4,0	48.276	-17,4	3,9
2006	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	28.155	10,3	2,3	27.753	0,8	2,2
	Neue Mehrfamilienhäuser	18.033	1,8	1,4	22.945	58,2	1,8
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	5.904	1,9	0,5	5.925	7,5	0,5
	Neue Nichtwohngebäude	965	45,1	0,1	907	23,9	0,1
	Summe	53.057	6,7	4,3	57.530	19,2	4,6
2007	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.364	-34,8	1,5	24.219	-12,7	1,9
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.407	-25,7	1,1	14.114	-38,5	1,1
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	4.225	-28,4	0,3	4.702	-20,6	0,4
	Neue Nichtwohngebäude	863	-10,6	0,1	888	-2,1	0,1
	Summe	36.859	-30,5	2,9	43.923	-23,7	3,5
2008	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	17.089	-6,9	1,4	18.882	-22,0	1,5
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.639	1,7	1,1	12.891	-8,7	1,0
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.870	-8,4	0,3	3.711	-21,1	0,3
	Neue Nichtwohngebäude	455	-47,3	0,0	762	-14,2	0,1
	Summe	35.053	-4,9	2,8	36.246	-17,5	2,9
2009	Neue Ein- und Zweifamilienhäuser	18.168	6,3	1,5	16.025	-15,1	1,3
	Neue Mehrfamilienhäuser	13.453	-1,4	1,1	11.441	-11,2	0,9
	Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	3.439	-11,1	0,3	3.345	-9,9	0,3
	Neue Nichtwohngebäude	579	27,3	0,0	524	-31,2	0,0
	Summe	35.639	1,7	2,9	31.335	-13,5	2,5

Wohnungsbestand in Bayern

	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2005	2008
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	1.716.142	2.619.315	3.506.619	4.411.616	4.752.471	5.577.859	5.837.093	5.966.449

Wohngeld in Bayern

	2006	2007	2008	2009	2010
Ausbezahltes Wohngeld in Mio. €	116,0	95,2	69,8	148,9	140,0*
Zahl der Wohngeldempfänger	61.745	54.052	51.716	80.000*	80.000*

* Schätzung

Haushaltsmittel in der Städtebauförderung in Bayern (Mio. €)

	2006	2007	2008	2009	2010
Landesmittel	58,3	58,3	95,8	72,8	77,0
Bundesmittel	31,3	31,8	37,7	66,7	51,0
EU-Mittel	5,2	14,0	14,0	14,0	14,0
Gesamt	94,8	104,1	147,5	153,5	142,0

Längenstatistik 2009 der überörtlichen Straßen

Straßenklasse	Straßennetz Bundesrepublik Deutschland [km]	Straßennetz Bayern [km]	Längenanteil Bayerns am Straßennetz BRD	Von der bayerischen Straßenbauverwaltung betreutes Netz [km]	Längenanteile der betreuten Straßen
Autobahnen	12.718	2.491	20 %	2.491	10 %
Bundesstraßen	40.203	6.583	16 %	6.352	25 %
Staatsstraßen	86.528	14.022	16 %	13.603	53 %
Kreisstraßen	91.623	18.786	21 %	3.081	12 %
Summe	231.072	41.882	18%	25.527	100 %

Verkehrsstatistik 2009 der überörtlichen Straßen

Straßenklasse	Verkehrsmenge (DTV) außerorts [Kfz/24h]	Jahresfahrleistung außerorts [Mrd. Kfz-km]	Anteil der Straßenklasse an der Jahresfahrleistung
Autobahnen	48.873	43,9	49 %
Bundesstraßen	9.672	19,9	22 %
Staatsstraßen	3.915	16,0	18 %
Kreisstraßen	1.793	10,1	11 %
Summe		89,9	100 %

Entwicklung der Straßenbauhaushalte in den letzten 10 Jahren (alle Angaben in Mio. €)

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bundesfernstraßen										
Projekte des Bedarfsplans	272	326	386	402	473	522	504	438	471	446
Sonstiger Um- und Ausbau	109	103	91	104	116	103	117	114	112	166
Bestandserhaltung	142	184	145	116	137	146	175	192	223	402
Betriebsdienst	157	159	158	158	167	170	184	165	172	187
Planung und Bauleitung	31	30	25	33	31	30	37	30	33	41
Summe	711	802	805	813	924	971	1017	939	1011	1242
Staatsstraßen										
Projekte des Ausbauplans	74	78	72	55	41	61	66	70	88	78
Sonstiger Um- und Ausbau	28	23	23	20	16	13	18	23	28	33
Bestandserhaltung	44	50	46	37	40	45	65	74	102	119
Betriebsdienst	109	108	110	109	111	119	118	104	99	96
Planung und Bauleitung	26	27	28	27	26	26	27	26	26	27
Summe	281	286	279	248	234	264	294	297	343	353
Kommunalstraßenförderung										
Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG)	160	163	172	171	160	145	154	179	150	161
Finanzausgleichsgesetz (FAG)	70	69	66	50	44	45	47	58	66	66
Summe	230	232	238	221	204	190	201	237	216	227

**2009 in Bau befindliche Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen (> 5 Mio. €)
und des Ausbauplans für die Staatsstraßen (> 2 Mio. €)**
Autobahnen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
A 3	6-streifiger Ausbau AS Aschaffenburg – AS Aschaffenburg-Ost	4,9	41,3	2009
A 7	Neubau AS Nesselwang – AS Füssen	14,6	168,0	2009
A 8	Erneuerung Lechbrücke Gersthofen (6-streifig)	0,1	14,5	2009
A 94	Neubau Kühstein – Malching (1. Fahrbahn)	5,8	29,0	2009
A 3	6-streifiger Ausbau AD Würzburg-West – AS WÜ/Heidingsfeld	8,0	59,5	2010
A 3	Erneuerung Maintalbrücke Randersacker (6-streifig)	2,0	53,0	2010
A 8	6-streifiger Ausbau Augsburg – München (A-Modell)	37,0	282,7	2010
A 8	6-streifiger Ausbau östlich AK Ulm/Elchingen – Landesgrenze BW/By	3,2	19,3	2010
A 3	6-streifiger Ausbau AS Hösbach – Kauppenbrücke	7,3	74,7	2011
A 3	Erneuerung Haselthalbrücke (inkl. 6-streifige Streckenanschlüsse)	3,1	54,5	2011
A 3	6-streifiger Ausbau Landesgrenze BW/By – AS Helmstadt	8,4	56,9	2011
A 3	6-streifiger Ausbau AS Helmstadt – AD Würzburg-West	4,9	30,1	2011
A 6	6-streifiger Ausbau AS Roth – AK Nürnberg-Süd	8,6	62,2	2011
A 94	Neubau Forstinning – Pastetten	6,3	41,5	2011
A 3	6-streifiger Ausbau AS WÜ/Randersacker – AK Biebelried	9,7	82,5	2012
A 94	Neubau Heldenstein – Ampfing	4,3	70,0	2012
Summe Gesamtkosten			1139,7	

Bundesstraßen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
B 2	Zweibahniger Ausbau Kiliansdorf – Roth	2,2	8,0	2009
B 12	Verlegung bei Isny (bayerischer Anteil)	4,0	11,0	2009
B 17	Ortsumgehung Kaufering	12,0	57,2	2009
B 17	Ortsumgehung Landsberg	3,5	13,0	2009
B 19	Zweibahniger Ausbau Immenstadt-Kempten	14,0	100,0	2009
B 85	Ortsumgehung Neukirchen v. W.	5,2	19,6	2009
B 85	Zweibahniger Ausbau bei Wackersdorf	2,7	18,8	2009
B 303	Verlegung Sonnefeld – Johannistal	6,2	16,2	2009
B 13	Ortsumgehung Lehrberg	3,2	12,3	2010
B 23	Ortsumgehung Saulgrub (Bauabschnitt 1)	2,9	4,7	2010
B 299	Ortsumgehung Pressath (Bauabschnitt 2)	3,5	6,7	2010
B 304	Ortsumgehung Ebersberg	6,0	24,7	2010
B 388	Ortsumgehung Dirnaich	4,1	12,0	2010
B 2	Ortsumgehung Puchheim	2,3	9,4	2011
B 2	Verlegung südlich Fürstenfeldbruck (Bauabschnitt 3)	2,4	3,5	2011
B 15n	Zweibahniger Neubau Saalhaupt (A 93) – Neufahrn	21,6	153,6	2011
B 173	Ausbau Kronach – Johannisthal, 1. Bauabschnitt	1,5	9,3	2011
B 299	Ortsumgehung Neumarkt-St. Veit	3,7	8,6	2011
B 301	Ortsumgehung Au i.d. Hallertau	5,0	9,5	2011
B 388a	Neubau B 388 (Fischerhäuser) – FS 44 (Hallbergmoos)	7,3	25,0	2011
B 470	Südumgehung Forchheim	2,8	11,4	2011
B 492	Ortsumgehung Brenz – Obermedlingen (bayerischer Anteil)	2,3	5,0	2011
B 999	Ortsumgehung Rödental	5,3	41,1	2011
B 20	Ortsumgehung Furth i. Wald	4,3	49,0	2012
B 304	Nordumfahrung Traunstein (Bauabschnitt 2)	7,1	53,2	2012
B 533	Ortsumgehung Schwarzach (Hengersberg)	9,2	16,7	2012
B 15n	Zweibahniger Neubau Neufahrn – Ergoldsbach	7,2	66,1	2013
B 472	Ortsumgehung Hohenpeißenberg	5,2	33,5	2013
Summe Gesamtkosten			799,1	

Staatsstraßen

Straße	Projektbezeichnung	Baulänge [km]	Gesamtkosten [Mio. €]	Jahr der Fertigstellung
St 1318	Ausbau nördlich Maierhöfen (Bauabschnitte 1 und 2)	1,7	2,4	2009
St 2007	Ortsumgehung Wertach (Sonderbaulastprogramm)	1,4	6,5	2009
St 2019	Ausbau östlich Weißenhorn	3,5	2,4	2009
St 2033	Ortsumgehung Bliensbach	3,5	7,5	2009
St 2053	Erneuerung der Isarbrücke Grüneck	0,3	4,9	2009
St 2078	Ortsumgehung Höhenkirchen (Sonderbaulastprogramm)	4,2	8,4	2009
St 2109	Ausbau südlich Waldhof (Bauabschnitt 2)	1,3	2,7	2009
St 2123	Bahnübergangsbeseitigung in Vilseck	0,9	5,2	2009
St 2154	Verlegung bei Eschlkam	1,0	2,2	2009
St 2220	Ausbau Halsbach-Witzmannsmühle	1,8	2,1	2009
St 2234	Neubau der Brücke über die Schwarze Laaber	0,4	2,4	2009
St 2260	Ausbau in und östlich Steppach	1,6	2,9	2009
St 2260	Ausbau östlich Röbersdorf (Bauabschnitt 1)	2,4	2,6	2009
St 2277	Ausbau Bergheinfeld-Grafenheinfeld mit Mainbrücke (PPP)	0,6	11,0	2009
St 2292	Ortsumgehung Wollbach	3,6	6,6	2009
St 2355	Neubau Brücke über Alzkanal in Garching a. d. Alz	0,3	2,3	2009
St 2379	Ausbau nördlich Bachern	3,3	2,1	2009
St 2418	Ortsumgehung Goßmannsdorf mit Mainbrücke (Bauabschnitt 1)	1,1	16,8	2009
St 2580	Flughafentangente Ost (Bauabschnitt 6)	4,7	29,0	2009
St 2805	Verlegung in Kahl	1,2	9,1	2009
St 2008	Ausbau in und südlich Lengenwang	4,4	4,2	2010
St 2062	Bahnübergangsbeseitigung in Murnau	0,9	9,7	2010
St 2132	Ausbau südlich Frauenau	2,6	3,9	2010
St 2183	Ausbau nördlich Bindlach	1,8	3,7	2010
St 2223	4-streifiger Ausbau Schafft-Knoten – An der Eich in Ansbach	1,0	2,6	2010
St 2273	Erneuerung Mainbrücke Segnitz (PPP)	1,2	12,2	2010
St 2332	Erneuerung der Bahnüberführung Markt Schwaben	0,3	3,9	2010
St 2400	Ortsumgehung Schönthal	2,7	6,2	2010
St 2580	Flughafentangente Ost, Bauabschnitt V	4,1	17,6	2010
St 2011	Ortsumgehung Sontheim	2,8	2,9	2011
St 2025	Ausbau südlich Lauingen	5,9	4,8	2011
St 2105	Ausbau bei Weibhausen	3,6	3,6	2011
St 2163	Ausbau Allersdorf – Dressendorf	1,8	4,9	2011
St 2245	Ortsumgehung Ammerndorf	2,5	5,9	2011
St 2260	Erneuerung Mainbrücke Volkach (PPP)	0,5	16,7	2011
St 2315	Ausbau westlich Marktheidenfeld (Bauabschnitt 2)	2,2	8,9	2011
St 2056	Ortsumgehung Pähl	2,7	5,0	2012
St 2104	Ausbau westlich Freilassing (Bauabschnitte 1 und 2)	5,3	4,3	2012
St 2105	Verlegung nördlich Traunstein	1,5	3,0	2012
Summe Gesamtkosten			253,1	

Michael Behrendt, Offenbach a. M.: Seite 20
bogevischs büro, München: Seite 46 links
Hajo Dietz, Nürnberg: Seite 50/51, Seite 54 oben rechts
und unten, Seite 57, Seite 58/59
Ulrich Haas, Kempten: Seite 53 links
Günter B. Kögler, Stadt Fürth: Seite 48 oben
LAMILUX Heinrich Strunz GmbH, Rehau: Seite 37 oben
Peter Manev, Selb: Seite 49
Jens Masmann: Seite 42/43, S. 45
Stefan Müller-Naumann für Planungsgemeinschaft
Mayr | Ludescher | Partner Beratende Ingenieure
terrain.loenhart&mayr BDA architekten und
landschaftsarchitekten
Sieber+Renn Architekten: Seite 34/35
Karin Sandeck: Seite 46 rechts, Seite 47 unten
Alois Schärfl, Energiebüro Schärfl, Pähl/Ammersee:
Seite 40 oben
Richard Scharnagel, Marktbreit: Seite 48 unten
Thomas Sendtner: Seite 40 unten
SKE, Mannheim: Seite 21 links
Herbert Stolz, Regensburg: Seite 23, Seite 32 unten
Rolf Sturm, Landshut: Seite 31 unten
Wartner & Zeitler, Landschaftsarchitekten bdla +
Stadtplaner, Landshut: Seite 37 unten
Wolfgang Weber, München: Seite 47 oben
Wolf-Dietrich Weissbach, Würzburg: Seite 31 oben
rechts, Seite 32 Mitte rechts
Petra Winkelhardt, Würzburg: Seite 24 unten, Seite 25
Staatsbauverwaltung: alle übrigen Bilder

Herausgeber:
Oberste Baubehörde
im Bayerischen Staatsministerium des Innern
Franz-Josef-Strauß-Ring 4
80539 München
<http://www.innenministerium.bayern/bauen/>

Verantwortlich:
Axel Lehmann

Gestaltung:
Büro für Gestaltung
Wangler & Abele
Juliane Handschuh

Lithografie:
Andruck Wolf, Sabine Specht

Druck:
Weber Offset GmbH

München, Mai 2010

